

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND

FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE

UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Die Entlarvung der Heuchler

Nur wenige Stunden trennen uns von dem Tage, an dem sich das Geschick des deutschen Volkes für lange Zeit entscheidet. Der Wahlkampf steht auf der Höhe, eine Blutbahn begleitet ihn, und unglaublich hoch ist die Lügenflut gestiegen. Als Meister im Lügen haben sich die Nationalsozialisten bewiesen. Große Schlagzeilen in ihren Zeitungen, schreiende Plakate verkünden, daß alle Not und alles Elend verschwindet, wenn Hitler die Macht bekommt. Wie die Nazis als angebliche Arbeiterpartei, in Wirklichkeit die Partei der Schwerindustrie, der Prinzen, Barone und ehemaliger Offiziere, gedenken die Rechte des Volkes zu wahren, ergibt sich aus der kurzen Regierungszeit der Hitler-Papen-Regierung. Dem Volke versuchen die Nazis allerdings aufzuschwatzen, daß sie mit dieser Regierung nichts gemein haben. Daß auch das eine Lüge ist, geht klar aus Enthüllungen hervor; in denen das Zentrumsblatt, die „Germania“, den dokumentarischen Nachweis liefert, daß die Nationalsozialisten die Regierung Papen-Schleicher für ihr eigenes Kabinett halten und schützen.

Die „Germania“ schreibt:
„Zum Mittwoch, dem 1. Juni 1932, lud Reichskanzler von Papen Vertreter der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags ein, um mit ihnen über eine baldige Regierungsbildung in Preußen zu sprechen. Von der Zentrumsfraktion erschienen mit dem Minister Hirtsfelder der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Steger und der Geschäftsführer Dr. Graß. Der hier zum ersten Male in der Öffentlichkeit bekanntgegebene Inhalt dieser Unterredung wurde sofort nach der Sitzung von den Vertretern des Zentrums in einem Protokoll festgehalten. Nach dieser Niederschrift legte der Reichskanzler den Herren dar, daß er über die künftige preussische Regierung mit Beauftragten Adolf Hitlers verhandelt habe und auch zu einem gewissen Ergebnis gekommen sei. Als vorsichtiger Mann habe er sich die Bedingungen schriftlich geben lassen, unter denen die Nationalsozialisten bereit seien, mit dem Zentrum und den Deutschnationalen über eine Regierungsbildung in Preußen zu verhandeln. Der Reichskanzler trug dann die nachstehenden Forderungen aus einem Schriftstück vor, das er während der Unterredung in Händen hielt. Die Bedingungen lauteten:

1. Den Nationalsozialisten sind neben anderen Ressorts das Ministerpräsidium und das Innenministerium zuzuerkennen.
2. Die Zentrumsfraktion hat ihre „sinnlose Opposition“ gegen das Kabinett von Papen einzustellen.

Diese Bedingungen, so teilte Herr von Papen mit, würden die Nationalsozialisten dem Zentrum und ebenso den Deutschnationalen in einem Brief unterbreiten. Von größter Bedeutung ist es, daß Herr von Papen herausstellte, er sei es keineswegs gewesen, der den Nationalsozialisten nahegelegt habe, die Bedingung zu stellen, die Zentrumsfraktion solle ihre „unsinnige Opposition“ gegen sein Kabinett einstellen. Vielmehr habe er ausdrücklich gewünscht, diese Forderung möge wegfallen.

Die Nationalsozialisten seien auf diese Bedingung „geradezu versessen“ gewesen.“

Diese aufsehenerregende Mitteilung wurde durch die Reichsregierung in folgender Form bestätigt:

„Zu den Veröffentlichungen der „Germania“ erklärt die Reichsregierung, daß diese Darstellung im wesentlichen richtig sei. Nur habe der Reichskanzler nicht gesagt, die Hitler-Partei sei auf diese

Dinge „versessen“. Herr von Papen habe die Forderungen, die ein Mittelsmann der Hitler-Partei ihm überbracht hatte, eben den Vertretern des Zentrums mitgeteilt.“

Einen weiteren Beweis gab der Reichstagspräsident Löbe, indem er in einer Versammlung in Hzehoe erklärte, er habe aus dem Munde des höchsten Beamten der deutschen Republik bestätigt bekommen, daß die Führung der Nazis ausdrücklich versprochen habe, die Reichsregierung zu tolerieren.

Damit sind die Heuchler entlarvt. Für die Aufhebung des Uniformverbots hat Hitler zugestimmt, daß der brutalste Unterstützungsraub an den Arbeitslosen,

Wohlfahrtsempfängern, Kriegsverletzten und deren Witwen und Waisen vorgenommen wurde. Hitler und seine Partei sind verantwortlich für die Salzsteuer, für alle durchgeführten und noch beabsichtigten Verschlechterungen des Lebens der Aermsten der Armen.

Arbeiter, Arbeiterinnen, nützt die noch verbleibenden Stunden. Tragt die Schande der Nazis in jede Wohnung. Zeigt der geknechteten Menschheit, wo die wahren Schuldigen sitzen. Sorgt dafür, daß keine Stimme verlorengeht.

Alle Stimmen der Sozialdemokratie, alle Stimmen der Liste 1.

Freiheit!

An die deutsche Arbeitnehmerschaft!

Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechtes stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Straße noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.

Berlin, den 20. Juli 1932.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
- Allgemeiner freier Angestelltenbund
- Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands
- Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter
- Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
- Deutscher Beamtenbund

Gewaltakt in Preußen

Die preussische Regierung ist gewaltsam entfernt worden. Ueber Berlin und Brandenburg wurde der Ausnahmezustand verhängt, weil die verfassungsmäßig im Amt befindlichen Minister sich weigerten, gutwillig ihre Plätze zu verlassen. Reichswehr besetzte das Innenministerium. Herr von Papen wurde zum Reichskommissar für Preußen ernannt. Gleiche Gewalt wurde angewandt im Berliner Polizeipräsidium. Generalleutnant Rundstedt ist Inhaber der vollziehenden Gewalt.

Es folgte die „Säuberungsaktion“. Drei Staatssekretäre, vier Oberpräsidenten, sechs Regierungspräsidenten und zehn Polizeipräsidenten wurden bis zur Stunde abberufen.

So die Situation bis zu dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden. Die Regierung Papen hat damit Forderungen der Nazis erfüllt. Die Reaktion hat ein Ziel erreicht. Die riesigen, für die Nationalsozialisten aufgewendeten Mittel haben Früchte getragen. Damit werden die Interessen der Arbeitnehmerschaft der Schwerindustrie und der mit ihr verbundenen Junkerkaste ausgeliefert. Den von den Nazis eingefangenen Arbeitnehmerschichten werden bald die Augen darüber aufgehen, zu welchen Zwecken sie sich haben mißbrauchen lassen.

Jede Tat braucht eine Begründung. Diese versuchte Herr von Papen in einem Rundfunkvortrag zu geben. Der Versuch ist mißglückt. Die bisher in Preußen leitenden Männer haben nach Ansicht Papens nicht genügend Autorität gehabt, um die Ordnung und Ruhe in Preußen aufrechtzuerhalten. Sie sollen nicht frei gewesen sein im Kampfe gegen den Kommunismus. Dabei haben die Kommunisten erst vor Wochen mit den Nazis gemeinsam den Rücktritt der Braun-Severing-Regierung verlangt. Die Blutopter der Straße sind nach Ansicht des Reichskanzlers nur auf das Schuldkonto der Kommunisten zu

buchten. Herr von Papen hat also anscheinend amtlich nichts gehört von den Terrorakten der Nazis. Er kennt nicht die Vorgänge in Braunschweig, er weiß nichts von den Nazi-stürmen auf Gewerkschaftshäuser, von dem Sturm gegen das „Vorwärts“-Gebäude in Berlin.

Die Regierung der Barone hat den Frontalangriff gegen Volksrechte und für Diktatur begonnen. Es sind Kräfte am Werke, die von der Regierung die Verschiebung der Reichstagswahl verlangen, man möchte am liebsten der Abrechnung am 31. Juli aus dem Wege gehen.

Der gewaltige Aufmarsch der Eisernen Front trägt Früchte. Die Nazis sehen ihre Felle fortschwimmen. Dem Volke kommt zum Bewußtsein, daß der brutale Abbau der Unterstützung und Renten sowie die unerhörte Steuerbelastung durch die Notverordnung der Regierung Papen-Schleicher durch Hitler und seinen Anhang gedeckt werden.

Die Erregung in der Arbeitnehmerschaft aller Gewerkschaftsrichtungen ist groß. Weite andere Kreise der Bevölkerung sind von der gleichen Erregung erfaßt. Dieselben Kommunisten, die vor Wochen die Regierung in Preußen mit den Nazis gemeinsam verjagen wollten, rufen jetzt zum Generalstreik wegen der Absetzung der Regierung auf.

Trotz der großen inneren Erregung müssen wir die Nerven behalten. Die Abrechnung soll und wird kommen am 31. Juli. Bis dahin wird auch der von Preußen und Bayern angerufene Staatsgerichtshof seine Entscheidung gefällt haben. Aber wie diese Entscheidung auch ausfällt, entscheidend ist die Reichstagswahl. Bis dahin muß noch jede Minute zur Aufklärung benutzt werden. Im übrigen aber nicht provozieren lassen, nur die Parolen der Eisernen Front sind maßgebend.

Kundgebung des IGB. an die Arbeiterschaft

In dem Augenblick, wo die deutsche Arbeiterklasse mitten im entscheidenden Abwehrkampf gegen die vereinigten Mächte der Reaktion steht, und die deutsche Demokratie um ihr Dasein ringt, hält es der Internationale Gewerkschaftsbund für seine dringende Pflicht, der deutschen Arbeiterschaft und allen deutschen Volksgenossen, die für den Bestand der deutschen Republik und damit auch des Friedens in einem demokratischen Europa kämpfen, seine Solidarität mit aller Kraft zu bekunden.

Jetzt wie früher steht für den Internationalen Gewerkschaftsbund fest,

daß Faschismus moralischer und materieller Verelendung gleich kommt;

daß Faschismus national und international eine direkte Bedrohung des Friedens bedeutet;

daß die Arbeiterklasse ihre höchsten Güter verteidigt, indem sie den Faschismus niederzwingt.

Die deutsche Arbeiterschaft kann sicher sein, daß der Internationale Gewerkschaftsbund mit seinen 14 Millionen angeschlossenen Mitgliedern aus allen Ländern diesen ihren Kampf mit den höchsten Gefühlen der Sympathie und Solidarität verfolgt und bereit ist, den deutschen Arbeitern mit allen verfügbaren Mitteln zum Siege zu verhelfen.

Deutsche Genossen!

Ihr steht nicht allein in diesem Kampf! Wisset, daß das organisierte Weltproletariat hinter euch steht, denn ihr kämpft nicht nur für die deutsche Demokratie, euer Kampf ist auch ein Kampf für die Befreiung der Menschheit!

Die Eiserne Front ruft: Volk, hab' acht!

Die rechtsstehende „Weser-Zeitung“ bringt folgenden Bericht über eine Versammlung, die der Nationalsozialist Gottfried Feder in Bremen abgehalten hat, in der er erklärte:

„Vielleicht kommt es gar nicht zur Reichstagswahl. Es fehlt nur noch ein Tröpfchen, und unsere Geduld ist zu Ende. . . . Wenn aber das Morden unter den SA-Leuten so weitergeht, werden wir das Notrecht unserer Partei proklamieren und dafür sorgen, daß in längstens 14 Tagen die rote Bestie erledigt ist. Heute noch wird der SA-Mann aus der Partei ausgeschlossen, der eine Waffe bei sich trägt. Es kann dahin kommen, daß der ausgeschlossen wird, der mit der Waffe sich nicht seiner Haut zu wehren weiß.“

Das ist die gewissenloseste Bürgerkriegshetze, das niederträchtigste Spiel mit dem Feuer. Heute schon steht fest, daß die Nationalsozialisten niemand aus der Partei ausschließen, weil er Waffen besitzt oder gebraucht. Heute schon steht fest, daß nationalsozialistische Provokateure mit dem Abzeichen des „Antifaschistischen Kampfbundes“ der Kommunisten mit den Waffen in der Hand von der Polizei aufgegriffen wurden.

Diese klassenverräterischen Spitzelmethoden gebraucht eine Partei, die es wagt, sich als „Arbeiterpartei“ zu bezeichnen und tagtäglich in ihrer Presse wie in ihren Versammlungen die deutsche Arbeiterbewegung verleumdet und zu Gewalttätigkeiten gegen die deutschen Arbeiter aufhetzt.

Die Blutschuld der letzten Wochen fällt auf alle die, die dieses Treiben begünstigen und zum offenen Bürgerkriege aufreizen und

ihn vorbereiten, um die Reichstagswahl zu verhindern und dem Volke die Möglichkeit zu nehmen, mit dem Stimmzettel in der Hand seinen Willen zum Ausdruck zu bringen.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Sichert das Wahlrecht! Laßt euch von euren Klassenfeinden nicht provozieren!

Weist aber auch denen die Tür, die von der Einheitsfront reden und in Wahrheit das Spiel der Reaktion treiben. Weist die zurück, die in der Eisernen Front zusammengefaßten Organisationen tagtäglich in Wort und Schrift des Klassenverrats bezichtigen und damit der wahren Einheitsfront in den Rücken fallen.

Die deutsche Arbeiterklasse führt im Zeichen der Eisernen Front den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus im ganzen Lande.

Es gibt keine Einheitsfront außer der Eisernen Front!

Arbeiter! Männer und Frauen, Werktätige in Stadt und Land! Wer die Einheitsfront der werktätigen Masse ehrlich will, kämpft in den Reihen der Eisernen Front. Nur dort ist sein Platz.

Nur in strengster Disziplin, nur im Zeichen der drei Pfeile machen wir die Berechnung der Gegner auf die Zersplitterung der Arbeiterklasse zusehenden, vernichten wir ihre Hoffnung, den Freiheitswillen des Volkes in blutigen Straßenkämpfen zu ersticken.

Vertraut auf eure Kraft! Vertraut auf eure Führung!

Es lebe die Eiserno Front!

Freiheit!

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front.

Berlin, den 15. Juli 1932.

Nazi-Zeitung gesteht:

Hitler versprach Papentolerierung

Die Nazis sind auf einmal in große Verlegenheit geraten. Sie drehen und winden sich, sie lügen, schwindeln, schimpfen, sie wälzen eine Schlammflut der gemeinsten und dreckigsten Verleumdung über Deutschland aus: Es hilft alles nichts, das Volk erkennt sie von Tag mehr und mehr als die brutalsten Vertreter der Sozialreaktion, als die widerlichen Lakaien der rücksichtslosesten Ausbeuter und Scharfmacher.

Das Volk weiß jetzt, daß der Naziabgeordnete Studentkowski am 1. Juli in Bremen erklärte, Papen verdienen kein Mißtrauen, das Volk weiß jetzt, daß Nazi-Adolf selbst am 3. Juli in München erklärte, was die Regierung Papen tue, das kümmere ihn nicht. Doch die Nazis fühlen sich in ihrer Rolle höchst unsicher.

Und in ihrer Unsicherheit verraten sie sich immer noch mehr. In der Essener Nazi-Zeitung (Nationalzeitung Nr. 173 vom 10. 7. 32) gesteht der Nazi-Graf Schwerin in einem Leitartikel, daß die Nazis die Notverordnungsregierung der Barone im Reichstage tolerieren wollten. Er schreibt:

„Als Brüning von Hindenburg entlassen worden war, empfing der Reichspräsident bekanntlich als ersten Parteiführer Adolf Hitler. Bei dieser denkwürdigen Unterredung hat der Reichspräsident der Forderung des Führers auf Wiederherstellung der Freiheiten für die Mitglieder der NSDAP, und ihre SA und SS, Raum gegeben. Infolgedessen war das Kabinett Papen verpflichtet, die Aufhebung des Uniform- und Aufmarschverbotes durchzuführen. Unter dieser Voraussetzung hat der Führer erklärt, daß er dem Kabinett bei seinem Auftreten vor dem Reichstag keine Schwierigkeiten bereiten wolle“.

So, jetzt wissen wir es:

Die Barone beschimpfen in ihrer „ungeheuerlichen Regierungserklärung“ die notleidenden Massen — Herr Hitler macht ihnen keine Schwierigkeiten. Die Barone rauben den Witwen und Waisen einen Teil ihrer Renten. — Herr Hitler macht ihnen keine Schwierigkeiten.

Die Barone kürzen die kärglichen Unterstützungssätze der Erwerbslosen — Herr Hitler macht ihnen keine Schwierigkeiten.

Die Barone legen dem Volk neue ungeheuerliche Steuerlasten auf, sie führen die Salzsteuer ein, sie belasten die Kleingewerbetreibenden mit der Umsatzsteuer, alle Arbeitenden mit einer Beschäftigungssteuer — Herr Hitler verrät die Interessen der arbeitenden Massen um den Judalohn einer Kakaolivre für seine Meißelarbeiten und macht ihnen keine Schwierigkeiten.

Judas Ischariot besaß nach seiner Verrätertat noch soviel Schamgefühl, daß er sich erhängte. Judas Hitler aber fährt durch Deutschland, läßt sich feiern, sieht sich in den Palästen seiner Luxusautos und preist sich wieder frech als Ritter an.

Die werktätigen Massen aber werden durch Judas Hitler am 31. Juli den verdienten Fauststich geben. Sie erkennen die schamlose Heuchelei der Nazis und wissen heute, daß nur eine einzige Front dem Raubzug der Kapitalisten und der Mordier ihrer braunlivrierten Knechte Einhalt gebietet: Die Eisernen Front der Arbeiterklasse und ihrer Großorganisationen. Diese Eiserne Front bricht den Naziterror, diese Eiserne Front verteidigt die Freiheit des Volkes gegen die finsternen Mächte der Adelsklasse, sie verteidigt das Lebensrecht des Arbeiters gegen die Anschläge der Großkapitalisten. Die Eiserne Front gibt für den 31. Juli die Parole aus:

Von Köln bis Oppeln, von Tilsit bis Mainz wählt jeder Arbeiter Liste Eins!

Stärkt die Gewerkschaften!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Wir brauchen euch nicht mehr zu sagen, wie bedeutungsvoll für eure und des deutschen Volkes Zukunft die politische Entscheidung am 31. Juli ist.

Der Kampf um die Rechte und die Interessen der Arbeiterklasse ist aber mit der Reichstagswahl nicht beendet. Er wird in verschärfter Form andauern und mit gesteigerter Kraft geführt werden müssen. Dazu sind mehr denn je starke Organisationen notwendig.

Wollt ihr den Kampf um eure Zukunft bestehen, neue Gefahren abwehren,

die unter dem schweren Druck der Wirtschaftskrise verlorenen Stellungen zurückgewinnen,

dann stärkt die Gewerkschaften!

Beantwortet die Angriffe gegen die verfassungsmäßige Ordnung und das demokratische Recht damit, die Kräfte der Organisationen für die entscheidende Stunde zu höchster Leistungsfähigkeit zu steigern.

Jeder werbe von heute ab mit verstärktem Eifer neue Mitglieder für seinen Verband.

Berlin, den 21. Juli 1932.

Der Bundesvorstand u. Bundesauschuß des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Auf dem Wege zur Arbeitsdienstpflicht

Die politische Reaktion in Deutschland bereitet entscheidende Schritte auf verschiedenen Gebieten vor. In einer Verordnung vom 16. Juli ist der freiwillige Arbeitsdienst in der neuen Fassung dem deutschen Volke verkündet worden. Am 18. Juli ist der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Dr. Syrup zum Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt worden. Mit der Ernennung dieses Mannes ist den Nationalsozialisten vorläufig ein Strich durch die Rechnung gemacht worden. Diese beabsichtigen durch einen Kommissar aus ihren Reihen den freiwilligen Arbeitsdienst in die Arbeitsdienstpflicht zu verwandeln und aus dieser neuen Institution eine Zucht- und Drillanstalt zu machen.

Nach der Verordnung soll der freiwillige Arbeitsdienst bestehen bleiben und dem jungen Deutschen die Gelegenheit geben, „zum Nutzen der Gesamtheit in gemeinsamem Dienste freiwillig ernste Arbeit zu leisten und sich zugleich körperlich und geistig-sittlich zu ertüchtigen“. Die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes sollen gemeinnützig und zusätzlich sein. Träger der Arbeiten sind öffentliche Körperschaften und Vereinigungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen. Die Träger des Dienstes sollen Vereinigungen sein, die sich für die Betreuung des Arbeitsdienstwilligen eignen. Die Arbeitsdienstwilligen genießen die Vorteile der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes.

„Der Reichskommissar wird beauftragt, über seine Erfahrungen zu berichten und ein Gutachten über die notwendigen Voraussetzungen und die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht zu erstatten.“

Hier liegt der Hase im Pfeffer. Die Arbeitsdienstpflicht scheint das Ziel dieser Regierung zu sein. Wenn sie beim freiwilligen Arbeitsdienst verbleiben würde, dann wäre u. E. ein Gutachten über die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht nicht notwendig.

Daß die Regierung tatsächlich weitergehende Absichten hat, scheint auch aus Ausführungen hervorzugehen, die Dr. Syrup über seine Aufgaben Vertretern der Presse gemacht hat. Er sagte u. a.:

„Der freiwillige Arbeitsdienst ist aus seinem bisherigen engeren Rahmen herausgerückt. Er ist nicht mehr ausschließlich eine Beschäftigungsgelegenheit für die arbeitslose Jugend, er soll vielmehr künftig die jungen Deutschen allgemein — ohne Unterschied der Herkunft, der Berufsbildung und der Weltanschauung — zusammenfassen zu gemeinsamer nutzbringender Arbeit für die Volksgemeinschaft. Innerhalb dieses erweiterten Personenkreises muß die arbeitslose Jugend wie bisher eine besondere Berücksichtigung erfahren.“

Damit bestätigt der neue Reichskommissar des — vorläufig noch freiwilligen — Arbeitsdienstes, daß die Regierung Papen-Schleicher die Ausdehnung des Arbeitsdienstes vorgenommen hat nicht zur Eindämmung der Ar-

beitslosigkeit, nicht um die arbeitslose Jugend von der Straße wegzubringen, sondern um eine Forderung der Nazis zu erfüllen und die Arbeitsdienstpflicht vorzubereiten.

„Eine weitere wesentliche Änderung“, sagte Dr. Syrup, besteht darin, daß künftig allgemein bei volkswirtschaftlich wertvollen Maßnahmen die Höchstdauer, für die der einzelne Arbeitsfreiwillige gefördert werden kann, von bisher 20 Wochen auf 40 Wochen ausgedehnt worden ist.

Im Mittelpunkt des Arbeitsdienstes soll und muß die ernsthafte Arbeit stehen. Doch die Arbeit als solche und ihre Ergebnisse sind nicht das einzige Ziel des Arbeitsdienstes. Er soll auch mit-helfen an der körperlichen und geistigen Ertüchtigung und Gesundheit. Schon an sich ist es ein Erfolg des Arbeitsdienstes, daß die jungen Menschen aus den Steinmauern der Städte und Fabriken hinausgeführt werden in eine naturverbundene Tätigkeit. Hinzukommen muß eine geeignete Ausnutzung der Freizeit durch sportliche Betätigung, durch geistige Weiterentwicklung und Klärung der Ideenwelt. Entscheidend für das Gelingen dieser hochgesteckten Ziele ist die Lösung der Führerfrage. Schematismus und Bürokratismus jeder Art sind gerade auf diesem Gebiete von Uebel. Die Jugend selbst verlangt nach Disziplin und Unterordnung.“

Also 40 Wochen Arbeitsdienst, womit man unter Berücksichtigung der Wintermonate der Forderung der Nazis auf Einführung eines zunächst einjährigen Arbeitsdienstes gerecht wird. Es ist selbstverständlich, daß man in den meist abgelegenen Arbeiterlagern für geistige Beschäftigung sorgen muß. Was aber die Nazis unter „geistiger Ertüchtigung“ und „Klärung der Ideenwelt“ verstehen, ist nationalistische Gehirnverkleisterung und ödester Kasernendrill.

„Die finanziellen Mittel — zur Zeit 55 Millionen RM“ — sagte Dr. Syrup weiter, „sollen nunmehr in einer Hand zusammengefaßt werden. Diese 55 Millionen RM, die bisher für die Zeit bis zum 31. März nächsten Jahres zur Verfügung stehen, ermöglichen, bei einer Förderung bis zu 2 RM je Kopf und Arbeitstag, etwa 30 Millionen Tagewerke im freiwilligen Arbeitsdienst auszuführen. Abgesehen von den Wochen des strengen Winters, in denen die Außenarbeiten erschwert sind, würden bis zum Beginn des neuen Haushaltsjahres durchschnittlich 200 000 Arbeitsdienstwillige beschäftigt werden können. Mit den bisher im freiwilligen Arbeitsdienst tätigen Verbänden zusammen werde ich auch — entsprechend der Entschließung der Reichsregierung — auf Grund der Erfahrungen der nächsten Monate den weiteren Ausbau des Arbeitsdienstes prüfen, und ich werde sodann der Reichsregierung das gewünschte Gutachten darüber erstatten, ob und unter welchen Voraussetzungen die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht in Deutschland geboten ist.“

Das fehlt gerade noch, daß anstelle des Kommissars der Arbeitsdrill tritt.

Die Ausraubung der Arbeitslosen

Die Papen-Regierung hat einen Raub an den Arbeitslosen vollzogen. In der Geschichte der deutschen Sozialpolitik einzig dastehen dürfte nach wie vor müssen die noch bei den letzten Wahlen und Angestellten hohe Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen. Als Gegenleistung bekommen sie lächerlich geringe Sätze, falls sie die Unterstützungssätze annehmen. Dafür einige Beispiele.

1. Ein lediger Arbeitsloser, der bei einem Woche von 33 RM in 52 Wochen etwa 112 RM Versicherungsbeiträge entrichtet hat, erhält als Unterstützung:

	jetzt	früher
in der Großstadt	6 Wochen	20 Wochen
in der Großstadt über 10000 Einwohner	50,— RM	231,— RM
in der Großstadt unter 10000 Einwohner	43,— RM	231,— RM
in der Provinz	36,— RM	231,— RM

Die Arbeitslosenunterstützung, die ein lediger Arbeitsloser erhält, macht nur noch 15 bis 20 Prozent der früheren Unterstützung aus. Mindestens 80 Prozent sind ihm von der von Hitler tolerierten Regierung geraubt worden. Ein verheirateter Arbeitsloser mit zwei Kindern hatte bei einem Wochen-

verdienst von 45 RM in 52 Wochen 152 RM Versicherungsbeiträge entrichtet. Früher hätte er ein Anrecht, in 20 Wochen eine Gesamtunterstützung von 405 RM zu beziehen, ganz gleich, ob er in der Großstadt oder auf dem Lande wohnt. Jetzt bekommt er nur eine Unterstützung von 75 RM, in kleinen Orten, bis zu 102 RM in Großstädten innerhalb einer Dauer von 6 Wochen. 75 bis 82 Prozent seiner ehemaligen Ansprüche hat die Regierung der Hitler-Barone glatt gestrichen. Die angezogenen Beispiele wirken für sich.

Nimmt man dazu noch den Abbau bei Sozialrentnern und Kriegsoffizieren, so haben wir in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik durch die Einsetzung der Papen-Regierung eine zwangsmäßige Verelendung der deutschen Arbeiterklasse zu verzeichnen, wie sie einzig dasteht.

Deutsche Arbeiter und Angestellte, merkt euch eins:

Gäbe es keine Nazis und hätte diese Partei nicht einen so kolossalen Fortschritt gemacht, dann würde eine Regierung, bestehend aus adligen Großgrundbesitzern und Großkapitalisten in Deutschland nicht bestehen. Die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse in solch

schamloser Weise wäre unmöglich. Geht deshalb der vereinigten Reaktion am 31. Juli die Quittung und wählt geschlossen die Liste 1.

Frauen, laßt euch nicht betören!

Immer wieder versuchen die Nazis, den frauenfeindlichen Charakter ihrer Bewegung zu verschleiern. Auf einmal versprechen sie den Frauen alles, was sie hören wollen. Darum vergeßt nie, was führende Nazis über die Rolle der Frau im Dritten Reich gesagt und geschrieben haben. Im nationalsozialistischen „Opferdienst der deutschen Frau“ heißt es am 21. 9. 1930 klipp und klar:

„Die NSDAP ist eine Männerpartei.“

Hauptmann Röhm, der eigentlich von Frauen und Frauenfragen nicht viel verstehen dürfte, schreibt in seinem Buche „Die Geschichte eines Hochverraters“ auf Seite 258: „Zeiten staatlicher Macht und Größe, Zeitalter des Kampfes haben nie eine übertragende Stellung des weiblichen Geschlechts gedeutet.“

Gottfried Feder schrieb am 26. 6. 1930 in seiner Zeitung „Die Flamme“:

„Der Jude hat uns die Frau gestohlen durch die Form der Geschlechtsdemokratie. Wir Jungen müssen ausziehen und den Lindwurm töten, damit wir wieder zum Heiligsten kommen, das es auf dieser Welt gibt, zur Frau, die Magd und Dienerin ist. Weg und Wille dazu heißt aber Nationalsozialismus.“

Frauen, so sieht euch der Nationalsozialismus! Wollt ihr Dienerinnen sein oder freier Mitarbeiterinnen, Mitkämpferinnen, Kameradinnen des Mannes. Wacht euch gegen den Raub eurer Rechte! Laßt euch nicht verküpfen. Kämpft mit uns für die Freiheit, die auch eure Freiheit ist.

Wählt Liste 1, SPD.

Die „Einheitsfront“ der KPD.

Die kommunistische Zentrale setzt ihre Verleumdungskampagne gegen SPD und Gewerkschaften — sehr im Gegensatz zu ihren Einheitsfrontbestrebungen — rüstig fort. Während jetzt allenthalben in den Versammlungen der Eisernen Front kommunistische Redner auftreten, die die sozialdemokratischen Versammlungsbesucher mit dem vertrauten erweckenden „Arbeitsbrüder!“ anreden und zur Bildung örtlicher Kampf- und Abwehrausschüsse gegen das faschistische Banditentum, selbstverständlich unter Führung der „Antifaschistischen Aktion“, aufrufen, plakatiert die Kommunistische Partei z. B. in Berlin in großem Format Aufrufe an die sozialdemokratischen Arbeiter, in welchen diese aufgefordert werden, die kommunistische Liste zu wählen. Daß dabei die Sozialdemokratische Partei und ihre Führer beschimpft und herabgesetzt werden, versteht sich von selbst.

Die Einheitsfrontbestrebungen der KPD werden auch treffend charakterisiert durch ein Flugblatt, das in einer Zeichnung darstellt, wie der Vorsitzende der SPD, Otto Weile, durch Herunterziehen einer Schranke kommunistische Arbeiter daran hindert, einem Reichsbannerkameraden zu Hilfe zu kommen, der von SA-Leuten niedergeschlagen wird. Wir überlassen diese Südeläst getrost dem Urteil aller anständigen Arbeiter, die mit uns aufrichtig und voraussetzungslos die einheitliche Abwehraktion gegen den Blutterror des Nazigesindels wollen.

Zur Ehre der deutschen Arbeiterklasse sei übrigens bemerkt, daß in einzelnen Berliner Bezirken die kommunistischen Parteimitglieder es ablehnten, Flugblätter, die in der jetzigen Situation noch immer die SPD und die Gewerkschaften beschimpfen, zu verteilen.

Die neuen Unterstützungssätze für Kurzarbeiter

sehen folgendermaßen aus:

Beim Ausfall von drei Arbeitstagen beträgt die wöchentliche Unterstützung in der Lohnklasse I für Kurzarbeiter ohne zuschlagberechtigte Angehörige 0,90 RM, mit einem zuschlagberechtigten Angehörigen 1,10 RM, mit zwei 1,30 RM, mit drei 1,50 RM und mit vier oder mehr zuschlagberechtigten Angehörigen 1,70 Reichsmark. In der Lohnklasse II betragen die entsprechenden Unterstützungssätze: 1,—, 1,20, 1,50, 1,60, 1,80 RM. In der Lohnklasse III: 1,20, 1,60, 1,90, 2,20, 2,50 RM. In den Lohnklassen IV, V und VI: 1,50, 2,30, 3,—, 3,70, 4,50 RM. In VII und VIII: 2,—, 2,80, 3,50, 4,30, 5,— RM. In IX, X und XI: 2,50, 3,30, 4,10, 5,—, 6,— RM.

Beim Ausfall von vier Arbeitstagen beträgt die wöchentliche Unterstützung in der Lohn-

klasse I in der gleichen Reihenfolge der Abstufung: 2,—, 2,30, 2,60, 3,—, 3,40 RM; in II: 2,40, 2,80, 3,20, 3,60, 4,— RM; in III: 2,70, 3,40, 4,—, 4,80, 5,40 RM; in IV, V und VI: 3,50, 4,60, 6,—, 7,40, 9,— RM; in VII und VIII: 4,—, 5,60, 7,—, 8,60, 10,— RM; in IX, X und XI: 5,—, 6,60, 8,20, 10,—, 15,— RM.

Beim Ausfall von fünf Arbeitstagen in Lohnklasse I: 3,—, 3,40, 4,—, 4,50, 5,10 RM; in II: 3,60, 4,20, 4,80, 5,40, 6,— RM; in III: 4,10, 5,—, 6,—, 7,—, 8,— RM; in IV, V und VI: 5,—, 7,—, 9,—, 11,—, 13,50 RM; in VII und VIII: 6,—, 8,—, 11,50, 13,—, 17,— RM; in IX, X und XI: 7,50, 10,—, 12,50, 15,—, 21,— RM.

Die neuen Sätze bringen zum Teil eine recht erhebliche Kürzung, im Durchschnitt eine solche von 20 Prozent, in besonderen Fällen bis zu 40 Prozent. Nur die Höhe der Unterstützungssätze wurde geändert; im übrigen ist das materielle Recht der Kurzarbeiterunterstützung unberührt geblieben. Insbesondere ist beim Kurzarbeiter eine Prüfung der Hilfsbedürftigkeit nicht erforderlich.



Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums

Abschrift.
 Der Reichsarbeitsminister.
 III 3007/100 Tar.
 Berlin, den 12. Juli 1932.

Entscheidung.
 Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfange gemäß § 2 der Tarifvertragsordnung (Reichsgesetzbl. 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- I. Parteien des Tarifvertrages
 - a) auf Arbeitgeberseite: Schutzverband Deutscher Glasfabriken, Dresden;
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Keramischer Bund, Abt. des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Berlin-Charlottenburg; Berufsverband Deutscher Glasarbeiter.
- II. Tag des Inkrafttretens: 1. Mai 1932, Reichsmanteltarifvertrag nebst Nachtrag für das Jahr 1932.
- III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in der Weißhohlglasindustrie mit Ausnahme der Weißhohlglaserzeugung in Betrieben der Flaschenindustrie und der Bleikristallglasindustrie des Glatzer Bezirks, des Riesengebirges und des Freistaates Sachsen.
- V. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs mit Ausnahme des Freistaats Bayern.
- V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Lohnvereinbarungen gemäß § 7 des Reichstarifvertrags; für deren Allgemeinverbindlichkeitserklärung ist jeweils ein besonderes Verfahren erforderlich. Sie erstreckt sich ferner nicht auf § 13 des Reichstarifvertrages.
- VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. Juli 1932.
- VII. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrage.

Die allgemeine Verbindlichkeit des am 20. April 1929 in Kraft getretenen Reichstarifvertrages hat geendet.
 Im Auftrag
 gez. Dr. Kalckbrenner.

Abschrift.
 Der Reichsarbeitsminister.
 III 5029/24 Tar.
 Berlin, den 15. Juli 1932.

Entscheidung.
 Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfange gemäß § 2 der Tarifvertragsordnung (Reichsgesetzbl. 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- I. Parteien des Tarifvertrages
 - a) auf Arbeitgeberseite: Schutzverband Deutscher Glasfabriken, Gruppe IV, Dresden;
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Keramischer Bund, Abt. des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.
- II. Tag des Abschlusses: 13. Juni 1932, Lohnvertrag.
- III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in der Weißhohlglasindustrie mit Ausnahme der Weißhohlglaserzeugung in Betrieben der Flaschenindustrie und der Bleikristallglasindustrie.
- IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Freistaat Sachsen und die Orte Bernsdorf O.L., Hohenbocka-Hosona (Niederschlesien), Burxdorf (Provinz Sachsen) und Altenburg (Thüringen).
- V. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. Juli 1932.
- VI. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrage.
 Die allgemeine Verbindlichkeit der am 1. Januar 1932 in Kraft getretenen Lohnvertrag hat geendet.
 Im Auftrag
 gez. Dr. Kalckbrenner.

um 300 000 RM verringert worden. Dieser Betrag ist der Umlage für 1931 gutgeschrieben worden. Auf je 1000 RM gezahlte Lohnsumme kommt ein Beitrag von 11,76 RM. Die Rücklage weist einen Bestand von 496 471,31 Reichsmark auf, während die Vermögensübersicht mit 2 617 382 RM abschließt.

Der Bericht enthält auch interessante Angaben über die Auswirkungen der Vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931. Diese Notverordnung hat bekanntlich durch eine ganze Reihe Bestimmungen erhebliche Verschlechterungen auf dem Gebiete der Unfallversicherung gebracht. So sind durch sie allein bei der Glasberufsgenossenschaft 439 Renten zu 10 Prozent, 321 Renten zu 15 Prozent und 271 Renten zu 20 Prozent, insgesamt 1031 Renten ab 1. Januar 1932 in Wegfall gekommen. Es ergibt sich hieraus eine monatliche Ersparnis von 15 433 RM für die Genossenschaft. Weiter sind aus dem gleichen Grunde weggefallen 21 Kinderzulagen und 44 Waisenrenten mit einem Monatsbetrag von 1687 RM. Nicht wenig können wir mit der Genossenschaft gehen, wenn sie in ihrem Bericht wörtlich schreibt:

„Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 enthält aber neben diesen finanziellen Entlastungen der Berufsgenossenschaften auch einen schweren Eingriff in ihre Selbstverwaltung. Er liegt auf dem Gebiete der Unfallverhütung und ihrer Überwachung. Schon nach bisherigem Recht waren Vertreter der Versicherten beim Erlaß der Unfallverhütungsvorschriften beteiligt und hatten Gelegenheit, in mündlicher Aussprache zu den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten Stellung zu nehmen. Trotz der nicht gerade ermutigenden Erfahrungen, die mit diesen Vorschriften gemacht worden sind, glaubte die Reichsregierung ungeachtet der großen Leistungen der Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete der Unfallverhütung, die gerade jetzt ihre Krönung in der Ausarbeitung neuer Normal-Unfallverhütungsvorschriften finden, eine weitere starke Einschränkung der Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften vornehmen zu sollen. Die Notverordnung hat den Versicherten auf dem ganzen Gebiete der Unfallverhütung und ihrer Überwachung die gleichberechtigte Mitwirkung eingeernt. Sie hat außerdem die Mitwirkung eines Gewerbaufsichtsbeamten in den zu erweiternden ordentlichen oder zu schaffenden besonderen Organen der Berufsgenossenschaften festgesetzt. Die vom Reichsarbeitsministerium auf Grund der Verordnung beabsichtigten Maßnahmen sind mit einer Komplizierung der Verwaltung und nicht unerheblichen Kosten verbunden. Sie stehen also in Widerspruch mit der allseitig anerkannten Notwendigkeit, die Ausgaben der Berufsgenossenschaften zu senken.“

Die Selbstverständlichkeit einer gerechten Beteiligung der Versicherten an der Unfallverhütung ist also der Genossenschaft ein Dorn im Auge. Wahrscheinlich ist es ihr zuviel, daß die Versicherten dadurch etwas mehr Einblick erhalten.
 Unfallmeldungen gingen im Berichtsjahre insgesamt 3274 ein, gegen 5073 im Vorjahre. Entschädigt wurden hiervon 333 (430) Fälle von Berufskrankheiten und Betriebsunfällen. Von den entschädigten Fällen hatten sieben den Tod, 53 dauernde teilweise und 273 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Im Vorjahre sorggliederten sich die

430 erstmals entschädigten Fälle in 17 tödliche, 2 mit dauernder völliger, 77 mit dauernder teilweiser und 334 mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Insgesamt wurden im Berichtsjahre Renten gezahlt an
 2630 Verletzte,
 253 Witwen,
 159 Kinder und Enkel,
 9 andere Verwandte.

Interessant sind weiter die Angaben der Genossenschaft über das Leistungsverfahren. In dem Entschädigungsfeststellungsverfahren erteilte die Genossenschaft im Berichtsjahre 134 Bescheide. Die Versicherten legten in 515 Fällen bei den Oberversicherungsämtern Berufung gegen diese Bescheide ein. Einschließlich der aus den Vorjahren unerledigt gebliebenen Streitfälle standen 673 Berufungen zur Erledigung. Von diesen fanden 613 Streitfälle ihren Abschluß. Es endeten davon: zugunsten der Genossenschaft 365 Fälle, zugunsten der Versicherten 111 Fälle, durch Vergleich, Zurücknahme usw. 137 Fälle. Bei dem Reichsversicherungsamt standen im Jahre 1931 insgesamt 133 Streitfälle zur Erledigung, von denen 77 ihren Abschluß fanden. Die übrigen 61 Fälle mußten unerledigt mit in das Jahr 1932 übernommen werden. Die 77 zum Abschluß gekommenen Fälle endeten: zugunsten der Genossenschaft 58, zugunsten der Verletzten 10, zurückgezogen usw. 9.

Im Gegensatz zu den Berichten der übrigen Berufsgenossenschaften schreibt die Glasberufsgenossenschaft kein Wort über die Tätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten und über den Stand und die Erfolge der Unfallverhütung. Erwähnt ist lediglich, daß von den 1304 versicherten Betrieben 404 einer Kontrolle unterzogen worden sind. Erfast wurden davon rund 24 000 der überhaupt beschäftigten rund 60 000 Arbeitnehmer. Ist schon an und für sich die Zahl der revidierten Betriebe gering, so muß es um so mehr verwundern, daß der Bericht kein Wort über die Ergebnisse der Revisionen bringt. Warum ist man hier so schweigsam? Warum man nicht der Öffentlichkeit mit Material zu dienen?

Der Bericht geht weiter ein auf die schon lange schwebenden Pläne einer Reform der Sozialversicherung. Es wird darauf hingewiesen, daß zur Erparnis von Unkosten verschiedene Berufsgenossenschaften zusammengelegt werden sollen. Diese Pläne lehnt die Genossenschaft mit aller Energie ab. Sie steht also jedem Fortschritt (siehe auch die Beteiligung der Arbeiter bei der Unfallverhütung) ablehnend gegenüber.

In einem besonderen Beiblatt zu dem Bericht gibt die Genossenschaft warnende Beispiele von Unfallereignissen aus der Glasindustrie. Dieses Beiblatt, welches zum Auslag in den Betrieben bestimmt ist, trägt die Überschrift: „Wissen und Denken schützt vor Unfällen“. Gewiß hat die Genossenschaft damit Recht. Ist dies jedoch die einzige Möglichkeit der Unfallverhütung? Wir müssen dies auf jeden Fall bezweifeln. Selbstverständlich ist es auch Pflicht der Versicherten, nach bestem Wissen und Vermögen Unfälle zu verhüten. Eine ganze Anzahl Unfälle ereignet sich jedoch ohne Zutun und Verschulden der Versicherten. Erst wenn der Sicherheit in den Betrieben eine erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet wird und hier energisch Abhilfe geschaffen wird, werden die Unfälle in wesentlicherem Maße abnehmen!

K1-a

Die Glas-Berufsgenossenschaft im Jahre 1931

Sämtliche Glashütten und Glasfabriken Deutschlands sind zur gemeinsamen Tragung der Lasten aus Betriebsunfällen nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen in der Glasberufsgenossenschaft zusammengelassen. Diese Veröffentlichung des Jahresberichts für das Jahr 1931, dem folgende Zahlen und Angaben entnommen sind:
 Die Zahl der Betriebe ging von 1414 im Jahre 1930 auf 1354 im Berichtsjahre zurück. Verhältnismäßig noch mehr zurückgegangen ist die Zahl der Versicherten. Es wurden deren im Jahre 1931 insgesamt 60 545 gezählt gegen 81 191 im Vorjahre. Im Jahre 1929 dagegen wurden 96 621 Arbeitnehmer ermittelt. Innerhalb dieser drei Jahre ist also die Beschäftigtenzahl um mehr als ein Drittel gesunken. Wenn der Bericht hier von einem „beispiellosen wirtschaftlichen Niedergang der Glasindustrie“ spricht, so kann man dem nur

beipflichten. Dieser katastrophale Rückgang ist um so erstaunlicher, als es sich ja bei fast allen Glaswaren um Gebrauchsartikel handelt, deren Bedarf nicht in dem gleichen Maße zurückgegangen sein dürfte. Selbstverständlich ist auch die Jahreslohnsumme gesunken. Sie betrug im Jahre 1930 insgesamt 154 365 421 RM gegen 105 290 226 RM im Berichtsjahre. Das Umlagekonto schließt mit einem Betrage von 1 238 369 RM ab. Als wichtigste Ausgabenposten seien erwähnt: Entschädigungen rd. 1 313 530 RM, Vergütung an die Post für die Auszahlung der Renten 6624 RM, Unfallverhütungskosten 16 507 RM, Verfahrenskosten 55 311 RM, Verwaltungskosten 111 536 RM, Ausfälle der 1930er Umlage 117 826 RM. Die ausfallen steht eine Einnahme von rund 83 000 RM gegenüber. Um eine wesentliche Erhöhung der notwendigen Umlage zu vermeiden, ist der sogenannte Postbetriebsstock



Japans feinkeramische Industrie (Schluß)

Tafelgeschirr.
 Das Geschirr für den Gebrauch in der japanischen Küche und im Haushalt ist in der Form, Farbe und Bemusterung (von dem europäischen) sehr verschieden und verrät einen ganz ausgezeichneten Geschmack. Insbesondere ist die bläuliche Färbung, die Zartheit der Formgebung und die Zusammenstellung des Geschirrs eine besonders hervorragende Eigenschaft des japanischen Dessins.
 Tafelgeschirr in europäischen Dessins wird seit der Meiji-Zeit (1868-1911) für Ausfuhrzwecke in Japan hergestellt, und zwar Hart-Steingut nach deutschen und tschechischen und Hart-Porzellan nach englischen Mustern. Diese Waren finden jetzt nicht nur in den Vereinigten Staaten und ostasiatischen Ländern, sondern auch im Inlande Absatz, wo sie im Haushalt nicht wenig gesucht sind. In letzter Zeit wird in Japan auch hochwertiges weißes Hart-Steingut in französischen Dessins hergestellt, das hinter ausländischer Ware nicht zurücksteht. Nur chinesisches Porzellan („bonchina“) wird in Japan noch nicht erzeugt. Neuerdings beobachtet man in Japan eine Japanisierung europäischen Tafelgeschirrs.
Hausgeräte und Ziergegenstände
 aus Porzellan und Steingut für den Gebrauch in japanischen Häusern lehnen sich im allgemeinen an japanisch-orientalische Dessins an. Da aber in jüngerer Zeit Japaner häufiger Häuser europäischer Stils bewohnen, werden dieser Entwicklung entsprechend mehr und mehr europäische Hausgeräte und Ziergegenstände, wie z. B. Standleuchten, Beleuchtungskörper, Vasen u. a. m., für inländischen Bedarf hergestellt.

Porzellan und Steingut für industrielle Zwecke.
 Für elektrische Industrie.
 Wichtige Bedarfsgegenstände sind Isolatoren (Isolationsporzellan) und elektrische Heizkörper. Die Produktion an Isolatoren für Hoch- und Niederspannung bewertet sich auf etwa 7 Mill. Yen im Jahre; davon dürften etwa 3-4 Mill. Yen auf Hochspannungs-Isolatoren entfallen, wenn auch genaue statistische Daten hierüber fehlen. In der Form und Qualität sind die Hochspannungsisolatoren den ausländischen gleichwertig. Sie werden aber nur wenig exportiert, obgleich wegen des flauen Inlandmarktes in der elektrischen Industrie große Bestände vorhanden sind. Niederspannungs-Isolatoren werden nach ostasiatischen Ländern ausgeführt. Zur Orientierung ist hier zu bemerken, daß im Jahre 1928 die deutsche Ausfuhr von Hochspannungsisolatoren einen Wert von etwa 2 Mill. Yen hatte, während Amerika Isolatoren für niedrigere Spannung als 6600 Volt 1,34 Mill. Yen und für höhere Spannungen 1,4 Mill. Yen exportierte, welche nach Ostasien, Südamerika und hauptsächlich nach Europa bestimmt waren.
 Deutsche Isolatoren kosten durchschnittlich 47-48 Yen je 100 kg. Diesen Waren stehen die japanischen Erzeugnisse in Qualität und Preisstellung nicht nach. Von Vorteil ist jedoch für das Geschäft in deutschen und amerikanischen Isolatoren, daß sie als Teile kompletter Einrichtungen mitgeliefert werden,

die von deutschen oder amerikanischen Fabrikanten errichtet werden. Es empfiehlt sich daher für Japan, gleichfalls elektrische Einrichtungen in solche Länder auszuführen, deren elektrische Industrien noch nicht hochentwickelt sind. Elektrische Heizer werden zwar schon in Japan erzeugt, aber auch noch eingeführt, weil das japanische Produkt noch nicht in der Lage ist, mit dem ausländischen in der Qualität zu konkurrieren.
 Die Welterzeugung an Elektrizitätsporzellan im Jahre 1928 hatte einen Wert von etwa 100 Mill. Yen, davon entfielen auf Deutschland etwa 22,5 Mill. Yen (davon Inlandsbedarf für Hochspannung 8,7 Mill. Yen und Niederspannung 9,6 Mill. Yen) und auf Amerika etwa 50 Mill. Yen. Die Weltausfuhr betrug etwa 12,5 Mill. Yen, also 12% der Produktion. Die Steingutindustrie steht mit der Entwicklung der elektrischen Unternehmungen in engem Zusammenhang, weil diese immer Steingut braucht. Als Konkurrenzwaren kann man Speckstein- und Kunststoffwaren (wie Bakelite u. a.) nennen.
Porzellan und Steingut für Bauten.
 Mit der Zunahme von Bauten europäischen Stils - besonders aus Eisenbeton - in Japan werden keramische Erzeugnisse, wie Ziegel, Terrakotten, Fliesen, Sanitärporzellan usw., immer mehr benötigt und in Japan in guter Qualität hergestellt, wie die Terrakotten und Ziegel des Nankai-Buildings in Osaka zeigen. Einrichtung- und Leistungsfähigkeit dieses Industriezweiges sind in Japan bereits so vollkommen, daß es sich empfiehlt, namentlich zum Export überzugehen. An dieser Stelle muß man darauf aufmerksam machen, daß Deutsch-

land in der Zeit vom Januar bis September 1930 Fliesen im Werte von mehr als 9 Mill. Yen ausführte, die nicht nur nach europäischen, sondern auch nach südamerikanischen Ländern bestimmt waren.
Spielzeug.
 Spielzeug aus Porzellan und Steingut, zur Ausfuhr nach Europa und Amerika bestimmt, wird meist in mittleren und kleineren Betrieben, also in Hausindustrie, erzeugt. Deshalb versucht unser Institut (Porzellanforschungsinstitut in Kyoto) die Bauern anzuregen, diese Industrie als Nebenbeschäftigung aufzunehmen. Die Rohmaterialien dazu sind im Lande vorhanden, brauchen also nicht importiert zu werden. Im Gegensatz zu Deutschland, welches in den 9 Monaten von Januar bis September 1929 237 000 t Kaolin im Werte von 4,35 Mill. Yen und Feldspat 31 800 t im Werte von mehr als 500 000 Yen einfuhrte. Von diesem Gesichtspunkt aus dürfte Japan im Vorteil sein. Abgesehen von den handwerksmäßigen Betrieben der mittleren und kleineren bzw. Hausindustrie sind in Japan die Oefen und anderen Einrichtungen der größeren Fabriken die gleichen wie in Europa und Amerika, technisch stehen sie ihnen also nicht nach.
Wissenschaftliche Forschung.
 Die wissenschaftliche Forschung in der Porzellan- und Steingutindustrie Japans datiert von etwa 1882, wo zum ersten Male Herr Wagner als Leiter dieses Wissenschaftszweiges an Universitäten und anderen Lehranstalten angestellt wurde. Seitdem war die Forschung an staatlichen und öffentlichen

Instituten und an anderen Lehranstalten so erfolgreich, daß die japanische Porzellan- und Steingutindustrie schließlich das Niveau der europäischen und amerikanischen erreicht hat. Das aus unorganischen Stoffen bestehende Porzellan und Steingut läßt sich wissenschaftlich nicht so leicht erforschen, wie Produkte aus organischen Stoffen. Infolgedessen geht der Fortschritt dieser Industrie nur langsam vor sich hin. An dem Kaiser-Wilhelm-Institut in Deutschland gibt es eine Untersuchungsabteilung für Silikate, die sich mit der Forschung der Mischung der Silikate befaßt. Außerdem gibt es in Berlin, wie bekannt, eine staatliche Porzellanmanufaktur und ein Institut für Porzellan und Steingut, welche trotz der Entwicklung der Privatindustrie und der öffentlichen und privaten Forschungs- und Versuchsanstalten selbst erstklassige Waren herstellen, die Privatunternehmungen herzustellen nicht in der Lage sind. Derartige Einrichtungen geben Anregung zu gleichen wissenschaftlichen Forschungen in andern Ländern.

Schlussbemerkungen.

Die japanische Porzellan- und Steingutindustrie nimmt wie schon erwähnt, die dritte Stellung in der Welt ein; sie steht in Wett-

bewerb mit Deutschland und der Tschechoslowakei. Besonders hinsichtlich der Arten und Preise der Waren und der Lage der Industrie und Ausfuhr hat die japanische Produktion viel Ähnlichkeit mit der deutschen. Deutschlands Produktion betrug im Jahre 1928/29 etwa das Doppelte der japanischen, wovon — wie in Japan — etwa die Hälfte exportiert wurde. Im Jahre 1930 nahm die deutsche Produktion infolge der Weltwirtschaftskrise beträchtlich ab, nämlich um etwa 60 Proz.; im gleichen Verhältnis sank die Ausfuhr. Der prozentuale Rückgang der deutschen Ausfuhr war aber geringer als der des japanischen Exports. Der deutsche und tschechische Anteil an der Gesamtausfuhr der Porzellan- und Steingut nahm in dieser Zeit sogar noch zu. Es ist besonders zu beachten, daß die japanischen Waren, deren Ausfuhr so beträchtlich zurückging, die billigsten Waren waren.

Deutschland widmet sich der Forschung aus dem Gesichtspunkt so eifrig, weil Japan sein stärkster Gegner ist, und deshalb darf Japan sich keinem Optimismus hingeben.

Tettau

Die Generalversammlung für die Neue Porzellanfabrik Tettau A. - G.

Tottau genehmigte den Geschäftsabschluss für 1931 und beschloß die Verteilung von 6 Prozent Dividende (im Vorjahr 8-Prozent) auf das 98 000 RM betragende Aktienkapital.

Bonn

Die Ludwig Wessel Steingutwerke A.-G. in Bonn legen einen Abschluß für das Jahr 1931 vor, der nach Tilgung des Verlustvortrages von 1564 RM ohne Gewinn und Verlust abschließt. Die Zusammenarbeit mit der F. Butzke-Bernhard Joseph A.-G. ermöglichte es, den Vorjahresumsatz annähernd zu halten. Im laufenden Geschäftsjahr ist die Beschäftigung des Vorjahres nicht erreicht worden.

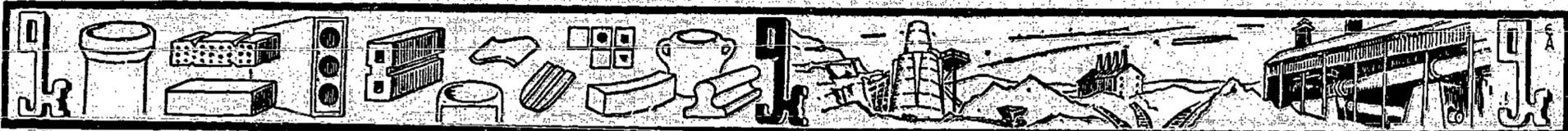
Allgemein verbindlich erklärt

Der Reichstarifvertrag für die deutsche feinkeramische Industrie, Abschluß 29. April 1933 Nachtrag (angenommener Schiedsspruch), Nachtrag zum allgemein verbindlichen Reichsmantel-Tarif-Vertrag vom 30. Juni 1931 ist mit Wirkung ab 1. Juli 1932 für allgemein verbindlich erklärt.

Gegen die Verschleuderung der Porzellan

Endlich scheinen die Porzellanfabrikannten Mut zu fassen und Einfluß auf die Verkaufspreise ausüben zu wollen. Dabei vermessen wir allerdings die Absicht, auch Einfluß auf die Händlerpreise zu nehmen. Viel wichtiger beschäftigt sich die Kommission, die der Verband deutscher Porzellan- und Steingutfabriken eingesetzt hat, die die Selbstkosten für Porzellan prüfen soll, auch einmal hiermit, und zwar ganz energisch. Der Verband der Geschirrfabrikannten hat seine Mitglieder verpflichtet, die gegenwärtig nachweisbar berechneten Fabrikpreise nicht weiter zu senken, da eine solche weitere Senkung keine Belebung des Marktes, wohl aber eine Verschärfung des aussichtslosen Konkurrenzkampfes und eine Verschlechterung des Produktes mit sich bringen müßte. Weiter soll Vorsorge getroffen sein, zu festen Preisen und Konditionen kaufen zu können.

Der Kommission des Geschirrverbandes kann man nur einen vollen Erfolg wünschen, im Interesse der Betriebe, aber auch im Interesse der Arbeiterschaft.



Ein gutes Geschäft für die Ziegeleibesitzer

Wir haben uns in Nr. 29 des „Keramischen Bundes“ vom 16. Juli 1932, mit dem Antrag der Gemeinden Krautsand-Drochtersen an das Landesarbeitsamt in Nürnberg, Siehe Hamburg, befaßt. Dieser Antrag lautete dahin, daß das Landesarbeitsamt die Genehmigung zur Herstellung von 1 500 000 Klinkern für Wegobau, der bereits im freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt wird, ebenfalls im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes geben sollte. Ergänzend wollen wir heute noch mitteilen, daß nicht nur die 1 500 000, sondern 5 600 000 Klinker durch freiwilligen Arbeitsdienst produziert werden sollen. 600 000 rechnet man von vornherein als Ausschub ab und 1 500 000 als für den Wegobau nicht verwendbar. Diese darf der Ziegeleibesitzer auf seine eigene Rechnung erwarten. Dafür sind 18,— RM pro 1000 berechnet. Damit würde der Ziegeleibesitzer, der seine Ziegelei zu obigem Zweck zur Verfügung stellt, gerade seine Unkosten decken, heißt es in dem Antrag. Da möchten wir uns doch eine bescheidene Frage erlauben. Wo sind Klinker, ja selbst ganz gewöhnliche Hintermauerungssteine für 18,— RM pro 1000 zu haben? In der „Bauwelt“ Nr. 17/1932 sind die Preise für Baustoffe veröffentlicht und da wird der Preis für 1000 Hintermauerungssteine in Hamburg mit 39,— RM und in Flensburg mit 36,— RM bis 42,— RM angegeben. Unter 37 Orten, von denen Preise für Hintermauerungssteine angegeben werden, ist der niedrigste Preis von Beathen, Ob-Schl., mit 24,— RM bezeichnet. Daß über 50 Prozent Steine bei Klinkerbrand Ausschub bzw. als nicht einwandfreie Ware zu verzeichnen waren, erlauben wir uns, stark zu bezweifeln. Also hier schon ein ganz gutes Geschäft für den Ziegeleibesitzer, vollends, weil er dafür keine Löhne zu zahlen hat. Das Wohlfahrtsamt bezahlt ja die Löhne bzw. die Tagewerke. Vorgesehen sind 22 500 Tagewerke, wofür das Wohlfahrtsamt 45 000 RM an den Ziegeleibesitzer zahlt. Die Zahl der Arbeitsdienstwilligen ist mit etwa 60 an-

Nach unserer Rechnung:

Für	pro 1000 Steine:	Gesamt:
Ton	1,50 RM	= 2 250 RM
Kohle, Anthrazit	4,— RM	= 6 000 RM
Öle, Fette	0,50 RM	= 750 RM
Gespinn-		
leistung usw.	2,— RM	= 3 000 RM
		Sa. 12 000 RM

Demnach würde sich also die Rechnung wie folgt ergeben:

Nach dem Antrag:

Erlös von	1 500 000 Stein à 18,— RM	= 27 000 RM
davon Ausgaben ab		27 000 RM
		Bleibt Ueberschuß 00 000 RM

Nach unserer Rechnung:

(Preis für Hintermauerungssteine Hamburg nach der „Bauwelt“):

Erlös von	1 500 000 Stein à 39,— RM	= 58 500 RM
davon Ausgaben ab		12 000 RM
		Bleibt Ueberschuß 46 500 RM

Auch wenn wir die vollen 27 000 RM des Antrags als Auslagen in Rechnung stellen, bleibt

Kalkgeschäft Mai-Juni 1932 und Januar-April 1931 und 1932

Über das Kalkgeschäft wird in den Fachzeitschriften sehr geklagt. Wenn auch im Mai noch Absatz an die Landwirtschaft zu verzeichnen war, so erreichte dieser doch nicht die Höhe des Absatzes in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im Juni hatte der Absatz an Düngekalk so gut wie ganz aufgehört. Ebenfalls läßt das Baukalkgeschäft viel zu wünschen

nach den in der „Bauwelt“ veröffentlichten Baustoffpreisen für Hamburg und Flensburg, wovon Hamburg der Durchschnitt ist, immer noch ein Rohüberschuß von über 30 000 RM übrig. Wir wollen dem Ziegeleibesitzer gut noch 15 000 RM für sonstige Ausgaben wie Steuern usw. in Rechnung stellen, dann bleibt immer noch eine ganz schöne Summe als Reinertrag übrig für eine Ziegelei mit 3 1/2 Millionen Steinen Produktion.

Die einzigen, die Leidtragenden bei der ganzen Geschichte, sind die Ziegeleiarbeiter, die für wenig Geld dem Unternehmer einen guten Verdienst zuschanzen würden. Gegen diese Art freiwilligen Arbeitsdienst wehren sich die Ziegeleiarbeiter ganz entschieden. Das würde der Anfang dazu sein, jede reguläre Arbeit vom Arbeitsmarkt zum Verschwinden zu bringen. Ja wir kommen fast zu der Ueberzeugung, daß die antragstellenden Gemeinden genau so billig und vielleicht noch billiger wegzämen, wenn sie die für den Wegobau benötigten 1 500 000 Klinker auf dem freien Markt beziehen würden, anderenfalls sonst die Rechnung, die aufgemacht wurde, nicht stimmen kann und nur eine Bereicherung für den Ziegeleibesitzer bedeutet.

Der ganze Antrag kommt uns so vor, als wenn Ziegeleibesitzer bei der Abfassung Pato gestanden hätten.

Siedler und Ziegelbau

In der diesjährigen Berliner Sommerschau: „Sonne, Luft und Haus für Alle“ sind ja auch wieder verschiedene Bauweisen aus verschiedenen Materialien zu sehen. Welche Bauweisen und welche Baustoffe für Siedlungszwecke, d. h. für den Kleinwohnungsbau am geeignetsten sind, darüber hat sich Architekt E. Egermann, ein mit den Bedürfnissen des Siedlers vertrauter Fachmann, in der „Bauwelt“, Nr. 26, auf verschiedene Ausführungen der „Tonindustrie-Zeitung“ wie folgt geäußert:

„Sie haben bei ihrem Bericht über die neuen Bauweisen gesagt, daß deren bewußte Abkehr vom Altbewährten dem Besucher oft „ausgeknobelt“ erscheinen mag. Ich kann Ihnen aus meinen Erfahrungen mit Siedlern bestätigen, daß sie ihnen tatsächlich so erscheinen. Als ich kürzlich mit einem solchen Bauinteressenten die Häuser besichtigte, wurde mir die naive Frage gestellt, warum man ein Haus in einer neuartigen Konstruktion außen mit Kupfer bekleidet, innen mit Aluminium bauen müsse, wenn man für dasselbe Geld ein Haus massiv aufmauern könnte. Auf diese Frage ist schwer zu antworten. Wir können uns heute kaum mehr darauf berufen, daß wir durch den Mangel an Kohlen und sonst gewohnten Baustoffen zu Versuchen mit neuen Konstruktionen gezwungen wurden. Es soll gar nichts gegen die Konstruktion an sich gesagt werden; aber für solche kleine Bauvorhaben?

Manches von den hier gezeigten Häusern wird sehr praktisch sein, z. B. wenn man in aller Eile mehrere Häuser zur Unterbringung von Arbeitern bei einer neuen Fabrik oder ähnlichem aufstellen muß. Aber in der Regel liegt doch dieser Fall nicht vor. Der Kleinhausbesitzer hat Zeit (solange bis ein Wohnhaus hochgemauert ist, kann er immer warten), und wenn er sein Geld anwendet, so muß er das Gefühl der Sicherheit haben. Für neue unerprobte oder wenig übliche Dinge ist er schwer zu haben. Er will ein Haus in Ziegeln oder in einer anderen bewährten, ihm auch einleuchtenden Bauweise. Er sträubt sich vielleicht gar nicht gegen das Neue, wenn es nötig ist, und wenn es ihm so einfach und zuverlässig erklärt werden kann, daß er sich nicht als Versuchsobjekt fühlt. Wenn ihm aber hier in der drückenden Fülle neuer industrieller Bauweisen vorgeführt werden, so wird angesichts dieser Vielfalt sein Verlangen nach dem Erprobten nur verstärklicher.

Daß der Bauherr eines kleinen Hauses in dieser Ausstellung immer wieder die Frage nach dem steilen Dach stellt, hat, wie man weiß, nicht nur in der Zurückgebliebenheit der kleinen Leute seinen Grund. Der Siedler braucht den Dachraum, je kleiner die Grundfläche des Hauses ist, desto mehr. Er braucht auch Nebengelaß und Keller.

Im übrigen scheint es mir im Augenblick keine drängende Aufgabe zu sein, neue, womöglich ausgeklügelte Konstruktionen für den Kleinhausbau zu finden, sondern überhaupt Kleinhäuser zu bauen. Und zwar so, daß ein einfacher Mann, ein Arbeiter mit seiner Familie darin gut, durchaus nicht kulturlos, dagegen seinem Einkommen und seinen Lebensgewohnheiten entsprechend, wohnen kann.“

Wir stimmen zu einem großen Teil den Ausführungen des Herrn E. Egermann, hauptsächlich in seinem letzten Teil zu.

Verschiedene Fachzeitschriften haben vielfach die Meinung vertreten, daß die Wohnungen der kleinen Leute, auch wenn sie nur den einfachsten kulturellen Bedürfnissen entsprechen, viel zu luxuriös ausgestaltet seien. Ja man vertrat verschiedentlich den Standpunkt, daß Badeeinrichtungen in Arbeiterwohnungen überflüssig seien. Wenn Herr E. Egermann sagt, daß auch der Arbeiter mit seiner Familie gut und durchaus nicht kulturlos wohnen will, so kann man dem voll und ganz zustimmen. Auch darin, daß es darauf ankommt, überhaupt Kleinhäuser, wir setzen hinzu und Kleinwohnungen, die der kleine Mann, der Arbeiter auch bezahlen kann, gebaut werden.

Wir halten gleichfalls den Ziegelbau für am geeignetsten, er bewahrt sich am besten.

Abgesehen davon, daß eine einigermaßen eingerichtete Ziegelei zur Produktion von 5 600 000 Steinen während der Saison höchstens 35 Arbeiter benötigt, erscheinen uns die angesetzten Tagewerke als viel zu hoch. Wieviel Tagewerke da jeder einzeln der angegebenen 60 Mann in der Produktionszeit, die in dem Antrag für die Zeit vom 1. Juni 1932 bis 31. März 1933 angesetzt war, verrichten muß, um insgesamt auf 22 500 Tagewerke zu kommen, mag sich jeder selbst ausrechnen. Es wird zwar gesagt, daß nur die Tagewerke bezahlt werden, die wirklich geleistet sind. Aber wer kontrolliert das. Doch der Ziegeleibesitzer selbst, der ja die Leitung der Produktion neben einem Gemeindevorsteher, der sicher kein Fachmann sein wird, in Händen hat.

Es heißt weiter: Pauschalförderung von 2,— RM und Auszahlung an die Arbeitsdienstwilligen.

Der Träger (antragstellenden Gemeinden) gewährt den Arbeitsdienstwilligen keine zusätzlichen Leistungen. Der Unternehmer selber auch nicht.

Die Kosten für Material usw., die der Ziegeleibesitzer nach dem Antrag zu tragen hat, sind in diesem mit 27 000 RM angesetzt. Das soll die Aufgabe sein, die der Ziegeleibesitzer für die 1 500 000 Klinker zu tragen hat. Darin erhält er die überschüssenden 1 500 000 nicht für den Wegobau verwendbaren Steine sowie die wohl von vornherein als „Bruch berechnet“ 600 000 Steine zur eigenen Verwertung bzw. er kann sie auf eigene Rechnung verkaufen.

Nun wollen wir uns einmal die im Antrag aufgestellte Rechnung für Material usw. näher betrachten und ihr unsere Rechnung, die auf Grund von Unterlagen, die meist von Unternehmern selbst stammen, gegenüberstellen.

Nach dem Antrag:

Für	pro 1000 Steine:	Gesamt:
Ton	4,— RM	= 6 000 RM
Kohle, Anthrazit	14,— RM	= 15 600 RM
Öle, Fette	2,— RM	= 3 000 RM
Gespinn-		
leistung usw.	2,— RM	= 3 000 RM
		Sa. 27 000 RM

Absatz in Tonnen:

Verbraucher:	Absatz in Tonnen:					
	Brantkalk		Kohlensaurer Kalk		Rohstoffe	
	1931	1932	1931	1932	1931	1932
Eisen- und Stahlwerke	245 598	143 642	—	—	391 587	232 219
Kalkstickstoffabriken	77 638	48 632	—	—	—	—
Chemische Industrie	62 271	52 683	3 958	1 201	68 373	79 312
Zuckorfabriken	352	5	—	—	7 164	1 120
Landwirtschaft	275 095	215 978	273 620	186 353	—	—
Bauwirtschaft	228 723	162 549	1 332	742	42 070	23 148
Ausfuhr:	29 264	21 193	6 019	5 437	6 813	4 901
Sonstige Abnehmer	2 311	1 945	8 938	9 316	11 109	4 442
Gesamt:	921 902	646 627	293 867	203 049	527 116	345 142

Die Ausfuhr ist infolge der Abwehrmaßnahmen der Nachbarländer stärker zurückgegangen, was anscheinend eine Folge der deutschen Zollpolitik ist. Hauptsächlich soll es Oesterreich und die Tschechoslowakei sein, die die deutsche Ausfuhr zu erschweren suchen. Auch nach Holland ist die Ausfuhr stark zurückgegangen. Geklagt wird von den deutschen Kalkproduzenten, daß die Reichsbahn ihnen im Wettbewerb gegen Belgien nicht genügend

Unterstützung angedeihen lasse. Auch darüber wird geklagt, daß es in Deutschland an den üblichen energischen Abwehrmaßnahmen, wie sie bisher von den Nachbarländern geübt wurden, fehlen ließe.

Ob allerdings mit noch so scharfen Abwehrmaßnahmen die Kalkausfuhr gehoben würde, wagen wir stark zu bezweifeln. Druck erzeugt Gegendruck auch von der anderen Seite.

„Freiwilliger“ Arbeitsdienst auf Kosten der Ziegler

Von Hamburg wird berichtet, daß der dortige Stadtrat sich ja zum größten Teil aus Nazisteamensatz, ein feines Plänchen, die Löhne unserer Zieglerkollegen zu drücken und den Ziegler-Unternehmern ein „höheren Verdienst“ zu sichern. Die Sache soll folgendermaßen eingeleitet werden:

Das Wohlfahrtsamt Koburg ermittelt Ziegeleiarbeiter und bezahlt diesen einen bestimmten Stundenlohn. Die Ziegelei-Unternehmer haben also direkt keinen Lohn an die Ziegeleiarbeiter zu zahlen. Wie hoch der vom Wohlfahrtsamt an die Ziegeleiarbeiter gezahlte Lohn ist, konnten wir bis jetzt noch nicht erfahren.

Der Stadtrat bezahlt nun an die Ziegelei-Unternehmer 50 000 Steine und diese müssen nun weitere 50 000 Steine „umsonst“ liefern. Auf diese Weise macht sich das Wohlfahrtsamt für den an Arbeiter verauslagten Stundenlohn bezahlt. Da ja die Unternehmer immer behaupten, der Lohnanteil sei 50 Prozent und

mehr, ist es noch ein sehr gutes Geschäft für die Unternehmer.

Wie es bei diesem eigenartigen Entlohnungssystem mit den Sozialversicherungen gehandhabt werden soll, ist uns bisher noch nicht mitgeteilt.

Anscheinend will die Nazimehrheit, die ja von der Nazipresse wegen ihrem Spartalet über's Bohnenfeld gelobt wurde, so langsam auf die Zwangsarbeitsdienstpflicht hinsteuern.

Der ganze Plan läuft letzten Endes darauf hinaus, die Ziegeleiarbeiter vollständig rechtlos zu machen und die Löhne zu drücken. Wir glauben nicht, daß vom Wohlfahrtsamt an die Ziegeleiarbeiter der Tariflohn gezahlt wird, andernfalls würde das Geschäft wohl nicht gemacht werden. Wahrscheinlich will man so langsam den „Wohlfahrtsstaat“ ablösen, um den Unternehmern eine gute Kapitalsrente zu sichern.

Ob die Produktion von Ziegelsteinen als Objekt des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes angesehen werden kann, steht auf einem andern Blatt.

Albin Fröhlig 25 Jahre im Dienste der Arbeiterbewegung



Leider können wir erst mit einiger Verspätung unseres Kollegen und Jubilars Albin Fröhlig in Mannheim gedenken und bitten den Jubilar wegen der Verspätung um Entschuldigung. Sein Erbrechtstag war der 1. Juli 1932. Kollege Fröhlig wurde am 27. Oktober 1870 zu Herold im Erzgebirge geboren und lernte als Kind das ganze Elend der Erzgebirgskrawenker kennen. Er ergriff zunächst den Krankenpflegerberuf, war dann als Textilarbeiter tätig und später als Papierarbeiter in Pockendorf bei Altenburg. Am 29. März 1903 schloß er sich seiner neuen Berufsorganisation in Altenburg an. Als die Zahlstelle Mannheim einen 2. Bevollmächtigten brauchte, fiel die Wahl auf den Kollegen Fröhlig, der am 1. Juli 1907 sein Amt antrat. Neben seiner Tätigkeit als Zahlstellenkassierer war Kollege Fröhlig agitatorisch hervortretend für den Verband und für die Partei tätig. Die Zahlstelle Mannheim hatte durch mehrere größere Streiks, welche im Jahre 1906 verlorengingen, schwer um ihre Existenz zu kämpfen. Es bedurfte mehrere Jahre rastloser Tätigkeit, um nicht nur das Vertrauen der Arbeiterschaft in der uns zuständigen Industrie zurückzugewinnen, sondern auch eine Stärkung der Organisation zu erreichen. Daß dieses gelang, war mit ein Verdienst des Kollegen Fröhlig. In dieser Partei hat er in mehreren Perioden als Stadtverordneter und als Kreisabgeordneter eine ersprießliche Tätigkeit entfaltet. Am 1. Mai 1920 übernahm der Jubilar den Posten eines Sekretärs des ADGB, den er heute noch innehat. Indem wir ihm herzlich gratulieren, wünschen wir ihm gute Gesundheit und noch viele Erfolge für die Arbeiterbewegung durch sein Wirken!

Stettin

Am Sonnabend, dem 9. Juli, tagte die Generalversammlung des Fabrikarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Stettin, im Volkshaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise geehrt.

Den Kassenbericht vom 2. Quartal erstattete der Kollege Gielow. Die Hauptkasse bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 36.285,62 RM, die Lokalkasse mit 62.830,47 RM. Die Hauptkasse hatte u. a. folgende Ausgaben:

Für Arbeitslose 8024,50 RM, für Kranke 2361,45 RM, für Invaliden 7777,35 RM, für Sterbegeld 1323,- RM. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt.

Der Kollege Geiger, Mitglied des Hauptvorstandes, Hannover, referierte über das Thema: „Die Organisation in der Wirtschaftskrise“ und führte etwa folgendes aus: Deutschland befindet sich gegenwärtig im Fieber. Die Unternehmer schreiben nach den Preußenwahlen mehr denn je nach froier Bahn, um die Macht über die Arbeiterklasse restlos ausüben zu können. Die Rechtskreise verbreiten mit allen Schikanen das böse Märchen, das System in Deutschland sei schuld, daß wir 6 Millionen Arbeitslose haben. Auch die Gewerkschaften seien schuld, daß die Arbeitslosigkeit den hohen Grad erreicht hat. Es gibt leider genug irreführende Arbeiter, die den Standpunkt vertreten, daß, wenn 35 Pfennig pro Stunde gezahlt würde, Arbeit genug wäre, um die Arbeitslosen unterzubringen. Diesen Irrsinn haben die Liebhaber der Unternehmer von diesen zum Schaden der Arbeiterklasse übernommen. Gegen die Sozialversicherung wird mit allen Mitteln gehetzt, dabei übersehen diese Irrlichter vollkommen, daß die übrigen Industrieländer, die keine Sozialversicherung haben, von derselben oder ähnlichen Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die demagogischen und gehässigen Angriffe der Südländer werden an der denkenden Arbeiterschaft wirkungslos verhallen. Nicht der Marxismus ist schuld an den Verhältnissen, sondern das kapitalistische System mit seiner anarchischen Überproduktion und der planlosen Wirtschaft. Als im Jahre 1930 die Regierung Brüning die erste Notverordnung erließ, stellte die SPD den Antrag: „Die Regierung Brüning besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages“. Die Folge war die Auflösung des Reichstages. Hätte die Arbeiterklasse nicht versagt, so wäre eine bessere Konstellation im Reichstag vorhanden gewesen. Die zurückliegenden Wahlen zeigen uns, daß die Gegner der Demokratie und der Republik an Macht gewonnen haben und gegenwärtig mit Lügen, Verdrehungen und Entstellungen alles daran setzen, um die Arbeiterklasse zu versklaven. Für die freie organisierte Arbeiterschaft und deren Funktionäre heißt es jetzt: „Gruppenführer an die Front!“ Die Unternehmer fordern ferner: Fort mit dem Schlichtungswesen. Wir stellen fest, daß es der Arbeiterschaft Vorteile gebracht hat. Die Hitler-Barons-Regierung von Papen hat uns Notverordnungen gebracht, die die Arbeiterschaft schwer schädigen. Die Arbeitslosen erhalten nur noch 6 Wochen Arbeitslosenunterstützung. Nach dieser Zeit tritt die Hilfsbedürftigkeitsprüfung ein. Die Nazis stützen die Rechtsregierung von Papen und sind für deren Taten mit verantwortlich. Ein Teil der Nazis stand vor dem Kriege unter der fluchwürdigen Gesindedienstordnung und erstrebt erneut die eigene Versklavung. Die Regierung Brüning war nicht unsere Regierung, sondern rein bürgerlich, sie kam aber den Forderungen der freien Gewerkschaften entgegen und wollte 50.000 Siedlungsstellen schaffen, wodurch ungefähr 600.000 Arbeiter Arbeit und

Brot gefunden hätten. Von Papen erklärt, die vorherigen Regierungen hätten aus Deutschland eine Wohlfahrtsanstalt gemacht, verkennt hierbei aber vollkommen, daß die Unternehmer Deutschlands aller Grade Milliarden über Milliarden Subventionen vom Staate auf Kosten der Steuerzahler erhielten. Soll die Zeit wiederkommen, wo am Brett steht: „30 Arbeiter werden angenommen“ und Tausende drängen sich danach? Der Wille der Reaktion ist, sämtliche Sozial-Versicherungen abzuschaffen, damit die Arbeiter zu jedem angebotenen Lohn Arbeit annehmen müssen. Wenn die Arbeitslosigkeit gegenwärtig scheinbar etwas abgenommen hat, so darum, weil ungezählte Tausende in die Wohlfahrt übergeführt wurden. Die Zollpolitik Deutschlands hat dazu geführt, daß 99 Prozent unseres Fleischverbrauchs aus Deutschland stammt. Die Grenzen gegen Dänemark, Holland und andere Staaten wurden geschlossen, um die Preise in die Höhe zu treiben, trotzdem sind die Preise aber doch gesunken. Die kapitalistische Wirtschaftsunordnung schädigt die Arbeiterklasse schwer. Die freien Gewerkschaften unterbreiteten ein Rettungsprogramm, das leider von den Gegnern sabotiert wird. Wir müssen unbedingt zur Planwirtschaft, aufgebaut auf den Bedarf, gelangen, um Krisen für die Zukunft auszuschalten. Unseren Gegnern von links rufen wir zu: „Hinein in unsere Einheitsfront!, erst die Gegner überwinden, dann können wir wieder streiten.“ Der Glaube an unsere Mission, die Befreiung der Arbeiterklasse vom Druck des Kapitals wird gelingen, wenn die Arbeiterschaft Mitkämpfer in den freien Gewerkschaften wird und alle Kraft anspannt, um am 31. Juli den Sieg an unsere Fahnen zu heften. Alle Stimmen der SPD, Liste 1.

Die Ausführungen des Referenten, sehr oft durch starke Zustimmungsrufe unterbrochen, wurden am Schluß mit einstimmigem „Freiheit“ quittiert. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen.

Der Extrakt dieser Versammlung ist: Sämtliche Kolleginnen und Kollegen müssen ihre Kraft im Wahlkampfe der „Eisernen Front“ zur Verfügung stellen.

Generalversammlung und Jubilarehrung in Stuttgart

Die geladenen 93 Delegierten aus den 24 Ortsgruppen der Zahlstelle nahmen den Bericht des Geschäftsführers und des Kassierers mit Genugtuung entgegen. Aus den Berichten ging hervor, daß die Zahlstelle die ungeheure

Krise bisher gut überstanden hat. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Kollegen Hille über die leider von einem Teil der Mitglieder verkantete Notwendigkeit der Organisation in Krisenzeiten. Es wurde von uns allein im II. Quartal 1932 für 220 entlassene Kollegen des Kaliwerkes Aschersleben die Summe von 130.000 RM sicher gestellt. Für 75 entlassene Kollegen der Cons. Alkaliwerke Westeregeln gelang es die Summe von 32.000 RM sicherzustellen. Für zwei Kollegen der Anhaltischen Salzwerke G. m. b. H. haben wir nach zweijährigem Prozeß 7600 RM außer der Entschädigung nach § 85 des Kaliwirtschaftsgesetzes, herausgeholt. Dazu noch in zahlreichen Einzelfällen durch die Arbeitsgerichte Spruchausschüsse der Arbeitsämter und Oberversicherungsämter etliche tausend RM. Diese Erfolge müssen der Kollegschaft vor Augen geführt werden. Dazu muß die Frage gestellt werden, wäre das ohne euren Verband möglich?

Aus dem Kassenbericht ergab sich die Stabilität der Mitgliedschaft. Bei eifriger Werbung unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen gelang es unseren Werbemaßnahmen im II. Quartal noch beachtenswerte Erfolge zu erzielen.

Die Notmaßnahmen des Vorstandes und die Beschlüsse des Verbandsbeirates wurden von der Versammlung, als im Interesse des Verbandes und der Mitglieder liegend, einstimmig als notwendig anerkannt.

In einem groß angelegten Referat legte der neue Gauleiter unseres Gaues Kollege Lehmann die Stellungnahme der Gewerkschaften zur politischen Lage dar. Die deutsche Arbeiterklasse ist unüberwindlich, wenn sie einig ist, die Einigkeit muß in der Eisernen Front ihren Ausdruck finden. Deshalb hinein in die Eiserner Front und am 31. Juli 1932 sozialdemokratisch gewählt. In das am Schluß ausgebrachte „Freiheit“ stimmten die Delegierten begeistert ein.

Am Nachmittag wurden im festlich geschmückten „Volkshaussaal“ 50 Kollegen, die in den Jahren 1906 und 1907 dem Verbandsbeitragen, für ihre treue Mitarbeit geehrt. Herzliche Worte der Ehrung fand auch hier der Kollege Lehmann. Er dankte vor allen den Frauen der Jubilare für ihre treue Unterstützung. Möge die Jugend aus der Treue der Alten den Ansporn zur Nachahmung finden.

Beide Veranstaltungen haben gezeigt, daß ein ungebrochener Kampfeswille die Mitgliedschaft der Zahlstelle besetzt.

Ebersdorf, Oberfr.

Das seitherige Mitglied Georg Reitz, Buch Nr. 966 289, ist aus dem Verbandsausgetreten und verweigert die Herausgabe des Mitgliedsbuches. Unterstützungen irgendwelcher Art dürfen auf dieses Buch nicht ausbezahlt werden, vielmehr ist es bei Verzeigung einzubehalten.

Waldsassen

Die Zahlstelle sieht sich veranlaßt, die Auszahlung von Lokalgeschenken einzustellen.

Schriften und Bücher

„Wirtschaftliche Fußbodenpflege“, erschienen als Heft 6 des „Hauswirtschaftlichen Lehrganges“, Preis 0,50 RM, zu beziehen durch das RKW, Berlin NW 6, Lützenstraße 58/59.

In dem Heft sind der Hausfrau praktische Ratsschlüsse für die beste Fußbodenbehandlung und -pflege gegeben. Sachverständige Frauen und Fachleute haben ausprobiert, was am geeignetsten ist, und fachten ihre Ergebnisse in den Hinweisen zusammen. Wer Interesse daran hat — Hausfrauen haben das ja immer — sollte sich das Büchlein anschaffen.

Das Erlanger Rechtschreibprogramm, 10 Punkte zur Reform unserer Rechtschreibung, Beschlossen Ende August 1931 vom 7. Vertretertag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, GmbH, Berlin SW 61, Dreihundstraße 5, Ladenpreis 0,30 RM.

Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker hat sich ein großes Verdienst um die von vielen Volks- und Berufsorganen geforderte Rechtschreibreform erworben. Dem immer stärker auftretenden Verlangen nach Richtlinien konnte er sich nicht mehr entziehen. Es ist ihm gelungen, die Bildungsorganisation des Buchdruckgewerbes einmal ein entscheidendes Wort sprach. Das ist auf dem Vertretertag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker geschehen. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war der Vortrag „Buchdrucker und Rechtschreibung“. Der Vortragende unterbreitete dem Vertretertag 10 Punkte zur Rechtschreibreform, die von einem vorher eingesetzten Ausschuss ausgearbeitet und nach gründlicher Durchberatung genehmigt worden waren. Diese 10 Punkte wurden dann von einem siebenköpfigen Rechtschreibausschuss einer Prüfung unterworfen. Der Schriftleiter des „Sprachworts“, Friedrich Oberüber, hat nunmehr die 10 Punkte erörtert, und der Bildungsverband hat in einer 32seitigen Schrift diese Erläuterung der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Es ist zu empfehlen, diese Erläuterung zu lesen. Sie bietet soviel Interessantes, daß wir hoffen, daß dieses billige Schriftchen dazu beitragen möge, daß die verurteilten Bemühungen die so dringend notwendige Reform zu einer Sache des Volkes zu machen.

Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a und d, in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts, das bisherige Mitglied der Zahlstelle Stadtdorf, Fritz Fricke, Buch-Nr. 1 066 436.



Eine Mahnung an die Frauen zur Reichstagswahl

Die Frau hat sich nicht durchgerungen zur Erkenntnis ihrer Machtstellung, in der demokratischen Republik. Ein Beweis dafür sind die Wahlen von 1930, wo die Frauen wesentlich zum Wahlsieg unserer Gegner beigetragen haben.

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie unsere Gegner, in erster Linie die Nationalsozialisten, zur Frage des Frauenwahlrechts und der Frauenwählbarkeit stehen, so erkennt man klar, daß viele Frauen, die ihnen durch die Sozialdemokratische Partei erkämpften Frauenrechte garnicht zu schätzen wissen. Es sei hier kurz an die Rechtslosigkeit und Unterdrückung der Frau in früheren Jahren hingewiesen, damit sie das, was die Republik für sie geschaffen hat, richtig erkennt, und sich zum Kampf rüstet, ehe es zu spät ist.

Das rechtliche Verhältnis der Frau war früher nicht besser als das zwischen Herrn und Hörigen, das durch ein altes Sprichwort: „Er ist mein eigen, ich machs ihm sieden oder braten“, gekennzeichnet wird. Dieses Sprichwort paßt auch sehr gut auf das Verhältnis der Frau zum Mann. Die Frau war hörig, sie hatte zu gehorchen, Gesetz und staatliche Machtmittel standen nur unter Einfluß der Männer. Die Entrechtung der Frau ging so weit, daß sie nicht einmal als Zeuge vernommen wurde, weil sie nicht als vollwertiges Mitglied der menschlichen Gesellschaft anerkannt wurde. Die Unterdrückung der Frau wurde unter der Herrschaft des Privateigentums immer schlimmer. Diese Herrschaft, die alles vom Standpunkt des Besitzes ordnete, fälschte die natürlichen Beziehungen zwischen Mann und Frau in ein sklavisches Abhängigkeitsverhältnis der Frau vom Manne um. Die Frau war nichts weiter als ein Besitz, wie alle andern toten Dinge auch. Sie hat zu schweigen in der Gemeinde sagt Paulus, oder, es ist dem Menschen gut, daß er kein Weib anrühre.“

Diese jahrhundertlange Unterdrückung schuf bei der Frau das unwürdige Minderwertigkeitsgefühl, wie es teilweise in der heutigen Generation noch besteht. Hiermit ist auch die Nichtachtung der Frauennarbeit zu erklären. Durch ihr Eindringen in die Produktionsarbeit wurde das Persönlichkeitsgefühl der Frau gestärkt, die Folge war, daß solche Frauen, die über ihre unwürdige Behandlungsweise nachdachten, immer wieder sehr berechtigte Forderungen nach Gleichberechtigung laut werden ließen. Es sei hier an die Frauen der Vereinigten Staaten erinnert, die ihre Forderungen damit begründeten, daß ein Staat, der Helden, bedeutende Staatsmänner und Philosophen hervorbringen wolle, zuerst wahrhaft gebildete Mütter haben müsse. Die Folge war, daß die Schulen für Frauen geöffnet wurden, der Wunsch nach völliger Gleichberechtigung blieb aber unerfüllt. Mary Astell, eine der ersten englischen Vorkämpferinnen, bekämpfte immer wieder die wirtschaftliche und rechtliche Vorherr-

schaft des Mannes, die sich nur auf das Recht des Stärkeren stützte. Mary Astell sagte: „Wenn durch Naturgesetz jeder Mann jeder Frau überlegen ist, so dürfte selbst die größte Königin nicht regieren, sondern müßte ihrem letzten Diener untertan sein.“

So hatte die Frau einen langen Leidensweg zu gehen, bis für sie die Stunde der Gleichberechtigung schlug. Hier in Deutschland konnte erst mit der Errichtung der Republik die völlige Gleichberechtigung der Frau gesichert werden, im kaiserlichen Deutschland war es nicht möglich.

Der Artikel 109 der Reichsverfassung, der diese Gleichberechtigung enthält, lautet: „Alle Staatsbürger ohne Ausnahme sind vor dem Gesetze gleich; Mann und Frau haben grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten.“ Die Frau soll aber auch auf geistigem Gebiete den Wettkampf mit dem Manne aufnehmen, nach dem Artikel 128 kann sie Rechtsanwältin, Richter, Professor und dgl. je nach ihrer Leistung werden.

In der Betrachtung der Errungenschaften auf dem Gebiete der Frauenfrage dürfen wir nicht vergessen, uns zu fragen, ob wir der jungen Republik den Dank entgegen gebracht haben der ihr gebührt? Wir müssen leider diese Frage verneinen. Hätten wir unsere Schuldigkeit getan, dann ständen wir heute nicht vor der Tatsache, daß der Nationalsozialismus solche Auswirkung annehmen konnte. Manche nationalsozialistischen Redner betonen mit brutaler Offenheit, daß den Frauen im Dritten Reiche das Wahlrecht genommen würde, Politik sei Verstandessache und nur für Männer da. Es ist höchste Zeit, zu erkennen, daß bei dem immer stärkeren Ringen beider Geschlechter im Existenzkampf die gleichberechtigte Zulassung zu allen Berufen nur in der demokratischen Republik möglich ist, daß erst die Republik der Frau die Möglichkeit gab, ihre Fähigkeiten in allen Berufen auszuüben. Es ist die größte Pflicht aller aufgeklärten Frauen um den Bestand der Republik zu kämpfen und überall wo es nötig ist Aufklärung zu schaffen. Die faschistische Gefahr in Deutschland ist groß, jetzt heißt es ihr einen Damm entgegenzusetzen.

Wir Frauen sind mitverantwortlich dafür, daß so viel Widerstand aufgebracht wird, um die Wünsche des Bank- und Großkapitals, der Junker und Schlotbarone, zunichte zu machen. Die heutige Krisenzeit zeigt deutlich, daß das kapitalistische System auf allen Gebieten versagt hat. In diesem wirtschaftlichen Durcheinander erkennen wir die große Notwendigkeit einer geordneten Planwirtschaft, die jedem arbeitenden Menschen die sichere Gewähr für ein auskömmliches Dasein gibt. Die Größe der sozialistischen Weltanschauung lernen wir erst kennen, wenn wir uns die Probleme anderer Weltanschauungsparteien vor Augen halten. Es ist wieder der Nationalsozialismus, der uns ein unwürdiges Beispiel bietet. Der Sozialismus sagt: Die Frau ist

gleichberechtigt auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens. Was bietet uns der Nationalsozialismus? Selbst in Hitlers Buch, „Mein Kampf“, ist nichts Tiefgründiges über Frauenprobleme zu lesen, es wird nur von der Frau als Hüterin der Rasse, Hervorhebung des Kinderreichtums usw. gesprochen. Merkwürdig ist es, daß die Nazis den Kinderreichtum verherrlichen, aber nirgends ist die Rede davon, wie sie den Kindern der arbeitenden Bevölkerung den Hunger stillen wollen, und ob sie den Arbeiterkindern völlige Teilnahme an den Kulturerrungenschaften zugestehen wollen. Bezeichnend ist vielmehr ein Antrag, den die Nazis 1930 im Reichstag einbrachten. In diesem heißt es: „Wer es unternimmt, die natürliche Fruchtbarkeit des deutschen Volkes zum Schaden der Nation künstlich zu hemmen, oder in Wort, Druck, Schrift und Bild oder in anderer Weise solche Bestrebungen fördert, wird mit Zuchthaus bestraft.“ So erkennt man, daß es den Nazis nur darum zu tun ist, recht viel Menschenmaterial für die Armee des Kapitalismus zu bekommen. Vor allen Dingen müßte erst für eine bessere Lebensgestaltung der arbeitenden Menschheit gesorgt werden, ehe der § 218 noch verschärft würde.

Wir als Sozialisten vertreten den Standpunkt, daß es oberste Pflicht des Staates ist, für Mutter und Kind zu sorgen. Weil aber die Verwaltung dieses Staates nicht die Interessen der Arbeiter vertritt, sondern Mutter und Kind elendig darben läßt, müssen wir immer wieder den Ruf nach Revision des § 218 laut und deutlich hören lassen. Kommt nun eine Frau wirklich mit dem § 218 in Konflikt, so deshalb, weil sie im Kampf um ihre hungernden Kinder, deren Elend durch die Geburt eines neuen Kindes nicht vergrößern will. Wir müssen uns mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln von diesem Zwang zum Kinderkriege befreien. Wir müssen wissen, daß nur in einem sozialistischen Staat der § 218 nicht mehr für uns auf der Tagesordnung steht, weil im Sozialismus unsere Ziele verwirklicht sind. Wir wollen uns nicht fortentwickeln, sondern höher hinauf. Im Dritten Reiche wird sich die Frau mit der Tatsache abfinden müssen, daß ihre Unterdrückung als geschichtlich erwiesene Selbstverständlichkeit dargestellt wird. Unsere Bestrebungen auf dem Gebiete der Frauenfragen können die Nazis sachlich garnicht widerlegen. Wir aufgeklärten Arbeiterfrauen müssen mit aller Deutlichkeit erkennen, was uns im Dritten Reiche blüht.

Wir müssen den Kampf aufnehmen, und wenn er mit dem nötigen Idealismus und einem zähen Kampfeswillen geführt wird, muß er zum Siege führen. Alle Frauen, die erkannt haben, daß ihnen mit der Schaffung des gleichen Wahlrechts eine Waffe in die Hand gegeben ist, womit sie das Brot ihrer Kinder verteidigen sollen, gehen am 31. Juli zur Wahl, verhalten dem Sozialismus zum Siege, wählen Liste 1.

Die Kluft / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Bebber / Copyright 1981 by Büchergilde Gutenberg

(24. Fortsetzung)

„Welchen Sie wollen, Mary Maud. Versuchen Sie, wenn ich Sie nicht hinunterbe-gleite.“

Ehe sie die Tür hinter sich schloß, blickte sie noch einmal zurück auf den ruinierten, vor dem Kaminfeuer ausgestreckten Mann, allein mit seiner leiblichen und seelischen Qual. Und wieder würgte das Weinen in ihrer Kehle. Anthony oder Gerry? Hätte Joan ihn dort so liegen sehen, dann wäre ihr die Wahl wohl schwer geworden.

Miß Meadows fühlte, daß sie sofort, ehe ihre Energie wie üblich über Nacht versickerte, dem Feind entgegenzutreten mußte. Vielleicht, wenn sie sich sehr beeilte, erwischte sie Helen gerade noch. Und das Glück begünstigte sie!

Mrs. Daere war noch zu Hause, allerdings schon für das Theater angekleidet. Nach einer sehr steifen Begrüßung überließ sie es der älteren Frau, die Unterhaltung zu beginnen. Mary Maud fühlte sich schrecklich unbehaglich unter diesem kühlen Blick, doch sich tapfer zusammenreißen, sagte sie leise:

„Ich kam, um mit Ihnen über Anthony und Joan zu sprechen.“

„Das bedauere ich, denn es ist ein Thema, das ich nicht zu erörtern gedenke. Meinem Mann habe ich meinen Entschluß mitgeteilt, und außer ihm geht die Sache niemanden an.“

Sie geht Joan an und folglich auch mich. Ich bedauere es ebenfalls, daß ich mich einmischen muß, doch habe ich Ihnen verschiedenes zu sagen.“

„Ich will aber nichts hören. Offengestanden, Mary Maud, wundere ich mich über Ihr Kommen. Sie haben Anthony dieses Mädchen an den Hals geworfen und ihnen endlose Gelegenheiten gegeben, sich zu treffen. Wer weiß, ob die beiden in Ihrem Hause nicht zusammen gelebt haben?“

Miß Meadows machte eine entsetzte, abwehrende Geste, worauf die andere fortfuhr: „Ich sagte, wer weiß! Und nach diesem Unheil, das Sie anrichteten, erscheinen Sie hier bei mir, um mich zur Trennung von einem Gatten, mit dem ich fünfzehn Jahre glücklich lebte, zu überreden. Und warum? Um eines Mädchens Willen, das er weniger als einen Monat kennt! Schamen Sie sich nicht? Und Sie nennen sich meine Freundin?“

„Freundinnen werden wir nicht länger sein“, erwiderte Miß Meadows, „denn man hat mir die ganze Geschichte erzählt, die sich zwischen Ihnen und Murchinson zugetragen hat.“

Helen Daere umkrampfte die Armlehne ihres Sessels... sie saß regungslos, als sei sie zu Stein geworden. Ein tödliches Schweigen füllte dieses bizarre Zimmer in Silber und Rot. Und Mary Mauds flatterndes, sanftes Seelchen erbehte in Furcht.

„Also so weit ist es gekommen“, erklang es heiser von den Lippen der jüngeren Frau. „Sie locken meinen Mann von mir fort in die Arme jenes Mädchens und drohen mir dann mit einer Tragödie, die Jahre zurückliegt. Was habe ich Ihnen getan, Mary Maud, daß Sie mich so verfolgen?“

„Oh, Helen, das wollte ich nicht. Nur... ich dachte, daß weder Sie noch Anthony besonders glücklich sind... und als mir Gerry...“

Helen achtete kaum auf diese Einwände; erst als Blains Name fiel, blickte sie auf.

„So, so! Gerald Blain hat Ihnen alles berichtet — jetzt sollen Sie auch meine Fassung hören. Es ist wahr, daß ich Anthonys Frau wurde, ohne Liebe für ihn zu empfinden, aber ich verheiratete es ihm nicht, und wir vertrugen uns ganz gut. Als er im Kriege wegen seiner arabischen Kenntnisse nach dem Orient geschickt wurde, war ich mir selbst überlassen, denn für ihn gab es keinen Urlaub. Dann lernte ich Gilbert Murchinson kennen und liebte ihn. Wir liebten uns vom ersten Augenblick an, wir wußten, daß wir für einander bestimmt waren. Ach, Mary Maud, wie könnte ich Ihnen die Qualen der Todesangst schildern, die ich bis zu jedem Urlaub litt! Mein Mann existierte nicht mehr für mich. Er saß wohlgeborgen in Kairo, während Gilbert täglich ein fürchterliches Ende drohte.“

Die Stimme der Sprecherin zitterte, aber gleich darauf hatte sie ihre Selbstbeherrschung zurückgefunden.

„Grazie es überhaupt nicht an Wunder, daß er so lange dem Tode entschlüpfte!“ begann sie von neuem. „Doch seine Nerven versagten. Er hatte eine Menge Bekannte und Freunde in Deutschland, und vielleicht trug dies noch dazu bei, daß er konnte an die Abgeschiedenen, der ihn Tag und Nacht wartete, sich bis zur Untrüglichkeit steigerte. Kurz vor dem letzten Urlaub schon er über unseren Linsen ein feindliches Flugzeug ab, landete und erkannte, als man den Deutschen, blutend, total zerschmettert, aber noch lebend, aus dem Främerhaufen herausgrub, seinen besten Freund, mit dem er im letzten Jahre vor dem Kriege gemeinsam in Bonn studiert hatte. Das gab Gilbert den Rest. Ganz unerwartet kam er auf Urlaub. Doch nach dem ersten Glück des Wiedersehens erzählte er mir, daß er nicht imstande sei, zur Front zurückzukehren. Lieber schickte ich mich tot!“ rief er erregt.“

„Aber Helen, da war er doch krank, nicht wahr?“

„Weiß ich? Vielleicht doch. Er sah es nur von einem anderen Standpunkt aus — er wollte nicht länger mehr Freunde, die seinem Her-

zen, naheständen, zu Nutz und Frommen von Leuten wie Gerald Blains Vater ermorden... So drückte er es aus. Ich habe anfänglich versucht, ihn anderen Sinnes zu machen — wenn Ihnen Gerald Blain auch das Gegenteil versicherte. Doch wie er nun die Greuel des Krieges, von denen die Zeitungen belletrische nichts schreiben durften, im einzelnen schilderte, wurde mir sein Entschluß allmählich verständlich. Und dann sagte ich ihm: Wenn du Schluß machen willst, so laß uns erst noch einen Monat ganz für uns haben — und laß mir ein Kind zurück.“

„Wie konnten Sie, Helen“, schlichzte Mary Maud auf, „da es doch sicheren Tod bedeutete!“

„Sicheren Tod bedeutete es so oder so, und ich sehnte mich — mein Gott, wie sehnte ich mich, noch einmal ungestört mit ihm zusammen zu sein!“

Im schottischen Hochland besaß ich ein kleines Häuschen, das ich von meinem Vater erbe; dorthin brachte ich ihn, in der Maske eines alten Mannes; dort verlebten wir dreißig Tage, dreißig unsagbar schöne Tage. Irgendwie lebte in mir wohl immer die Hoffnung, daß ein Rettungsweg sich auftun würde, daß man ihn nach seinen unerhörten Leistungen nicht erschießen, sondern als nervenkrank oder dergleichen erklären würde. Am letzten Tage unseres Monats kehrten wir ganz offen mit der Bahn nach London zurück, Gilbert in Uniform, ich in Schwesterntracht. Merkwürdiges Gefühl, wenn ihn die Soldaten grüßten! Ohne erst mit in meine Wohnung zu kommen, fuhr er vom Bahnhof direkt zum Kommando der Fliegertruppen, um sich zu stellen, und drei Tage später erst hörte ich durch einen mir bekannten Stabsoffizier, daß er sich im Vorzimmer seines Chefs erschossen hatte.“

Miß Meadows weinte herzzerbrechend. Helen hingegen bewahrte ihre Ruhe, und auch die Stimme, in die vorübergehend eine ungewohnte Weiche gekommen war, nahm den alten harten Klang wieder an.

„Ich aber muß weiterleben, denn ich trug sein Kind. Als mir dies zur Gewißheit wurde, ging all mein Sinnen und Trachten nur dahin, mich um das Kindes willen zu erhalten. Doch der Druck war zu groß. Ich brach zusammen — Gehirnfiieber oder so was ähnliches; lag tagelang im Delirium und verlor das Kind. Man sagte mir hernach, es sei ein Knabe gewesen.“

„Sie armes, armes Lamm!“ Mary Maud kniete neben Helens Sessel nieder und streichelte sie, lind und sanft, wie es ihrer gütigen Art entsprach. „Wir haben Sie alle nie richtig verstanden, hielten Sie für hartherzig, kalt und selbstsüchtig.“

„Ja, nun kennen Sie die Geschichte, mit der Sie mich zur Scheidung von meinem Manne zwingen wollten, der mir wenigstens ein Heim gegeben hat.“

Noch immer streichelte die weiche Frauenhand, doch plötzlich hielt sie inne.

„Helen, verzeihen Sie mir, aber ich muß es sagen. Angenommen, Sie könnten Gilbert Murchinsons von Anthonys Liebe zu Joan erzählen, würde er nicht erklären: laß sie glücklich sein!“

Das traf. Eine ganze Weile starrte Helen stumm vor sich hin.

„Glauben Sie denn, daß Joan Craig wirklich Anthony liebt?“ fragte sie dann grübelnd. „Ich bin nur zweimal mit ihr zusammengetroffen, hatte indes stets den Eindruck, als ob die Politik und ihre Gewerkschaftsarbeit ihr das Höchste bedeuteten.“

„Der Streik wirkte wie der Krieg, Helen. Barrieren fallen, und Gefühle wachsen rasch. Sie versagten Anthony Ihre Liebe; ist es recht, ihn von neuem zum Darben zu verurteilen?“

Nur die eng zusammengepreßten Hände zeugten von Helens innerem Kampf.

„Ich habe so viel aufgegeben, Mary Maud, doch ich will Ihnen nicht hindernd im Wege stehen. Wenn sie sich wirklich lieben, sollen sie miteinander glücklich werden.“ Helen stand auf und küßte Mary Maud. „Seien Sie mir eine ebenso gute Freundin, wie Sie es Joan sind!“

„Das will ich, Helen; weiß Gott, das will ich!“ Mrs. Daere ging zum Spiegel, zog ein Puderdöschen hervor und puderte ihre Nase.

„Jetzt muß ich aber schleunigst zum Theater. Wollen Sie Miß Craig bestellen, daß ich Sie bitte, mich morgen vormittag um elf zu besuchen?“

„Sie möchten mit Joan sprechen, Helen?“

„Weshalb nicht? Sie und ich sind die am meisten beteiligten Personen — Anthony ist anscheinend aus dem Bild für den Singer geworden.“

Mary Maud fiel die Last vom Herzen, als sie Helen schwarzen hörte, mochte es auch ein bitteres Herz sein.

„Ja, eine Aussprache zwischen euch beiden ist wohl das Beste. Und jetzt halte ich Sie nicht länger auf. Die Premiere war übrigens ein großer Erfolg.“

„So sagen wenigstens die Rezensionen. Auf Wiedersehen, Mary Maud!“

XV.

Joan war nicht im geringsten darauf erpicht, Mrs. Daere zu sehen, und ihr Schritt wurde immer schleppender, je mehr sie sich dem Russel Square näherte. Zudem goß es in Strömen, und wie eine Katze haßte sie den Regen. Verdrießlich und misanthropisch mit den Gedanken bei der unergieblichen Auseinandersetzung, die ihrer harren, prallte sie mit ihrem Schirm unachtsam gegen einen Herrn, der ihr entgegenkam und nun ihren Arm festhielt. Es war Anthony.

„Du siehst aus, als ginge es zu einer Hinrichtung“, lächelte er.

„So fühle ich mich auch. Weiß der Himmel, warum Mary Maud deiner Frau versprach, daß ich sie um elf besuchen würde!“

Daere nahm ihren Regenschirm, schloß ihn und zog sie unter den sehnigen.

„Der Weg wird dir erspart. Flüchten wir vor diesem höllischen Regen! Hallo, hallo, Taxi!“

„Aber deine Frau erwartet mich doch.“

„Nicht mehr. Deshalb kam ich dir ja entgegen. Einsteigen, schnell! Wollen wir zu deinem Lieblingscafé fahren?“

Joan drohte vorwurfsvoll, als die Wagentür zuschnappte.

„Ein Auto, dieser Leichtsinns Zwei Straßen weiter steigen wir schon wieder aus!“

„Ist das ein Grund, daß zu werden? Und die drei Minuten, die ich mit dir allein bin, sind das Fahrgeld wert.“

In der stillen Ecke eines dieser kleinen Cafés, die mildblickende Matronen im Erdgeschoß der verschnörkelten, altersgrauen Häuser Bloomsburys unterhalten, dachte Daere mit einer gewissen Verlegenheit an das, was er zu sagen hatte, während Joan zufrieden in ihren Sessel hineinrutschte und einen dampfenden Mischkaffee trank.

„Ich wollte, ich könnte zeichnen.“

„Warum, Joan?“

„Wäre es nicht hübsch, von all den Stätten, an denen man vollkommen glücklich gewesen ist, Skizzen zu machen?“

Daere beugte sich mit heißen Augen zu ihr hinüber.

„Bist du jetzt vollkommen glücklich, Joan?“

„Was könnte mir fehlen! Ein guter Kaffee, mein Lieblingsplätzchen, ein wärmendes Feuer an einem regenfeuchten Tage und du!“

„Danke für das Du — auch wenn es am Ende des Katalogs steht.“

„Die Reihenfolge bedeutet ein Crescendo!“ lachte Joan. „Und nun berichte bitte, weshalb ich hier sitzen anstatt unter den kühlen Augen Mrs. Daeres.“

Ihre ruhige Geradheit half ihm um eine unangenehme Ecke. Er warf ein zweites Stück Zucker in seinen Kaffee und rührte ihn nachdenklich um.

„Soll ich von Anfang an erzählen?“

„Nein. Zuerst, was dir das Herz schwer macht; das andere kann warten.“

Anthony blickte sie dankbar an. „Die Sache liegt so. Nach einer Unterredung mit Mary Maud hat meine Frau, die anfänglich sich gänzlich ablehnend verhielt, ihre Meinung geändert. Ich weiß nicht, mit welchen Beschwörungs-mitteln Mary Maud dies zuwege brachte, jedenfalls aber erklärte mir Helen heute morgen, sie wolle uns nicht den Weg zum Glück versperrern. Doch da ist noch eine Schwierigkeit...“

„Ich hoffe, kleine Joan, daß du sie einsehen wirst. Helens Werk beruht hauptsächlich auf dem Theater, und eine geschiedene Frau würde sich gerade hier in einer höchst heiklen Situation befinden. Ich bin selbst Zeuge gewesen, wenn solche Frauen in einem Kreis von Männern ihr Brot verdienen wollen: jeder betrachtet sie als Freiwild. Sie mögen noch so schuldlos sein — es umweht sie eine Atmosphäre, daß gewisse Männer sich Freiheiten erdreisten. Und mit diesen Typen hat meine Frau sehr viel zu tun.“

„Ja“, sagte Joan, indem sie mit unnötiger Sorgfalt ein Schokoladebiskuit auswählte.

„Helen macht nun geltend, daß sie ihre Pflicht mir gegenüber stets erfüllt hat, mein Haus einwandfrei führte und dergleichen mehr, und daß sie jetzt, nach fünfzehn Jahren, nicht plötzlich des Schutzes meines Namens beraubt werden sollte. Vielleicht klingt dir das ein wenig altfränkisch, Kind, aber ihre Welt ist sehr verschieden von der deigenen, und sie wähnt, auf die ihrige Rücksicht nehmen zu müssen.“

„Ja“, sagte Joan. „Reiche mir bitte eine Zigarette.“

Anthony schob ihr sein Etui und Zündhölzer hinüber und fuhr dann fort:

„Liebling, warum sollen wir uns nicht ein schönes Heim bauen, von dem niemand etwas zu wissen braucht? Ich würde, um den Schein zu wahren, jede Woche einmal am Russel Square schlafen und bei allen Gelegenheiten, wenn Helen in die Öffentlichkeit tritt, an ihrer Seite erscheinen. Wäre das nicht eine Lösung, die sowohl unser Glück sichert als auch Helen zufriedenstellt?“

„J... a.“ Zögernd, zweifelhaft kam es heraus.

„Joan, liebe, einzige Joan, habe ich dich erschreckt? ... Daere verwünschte seinen Einfall, sie in ein Café geführt zu haben. Jetzt ist in seine Arme nehmen kann... und alle Dinge bekamen ein anderes Aussehen!“

„Ich würde also deine?“ er fühlte, wie sie vor dem nächsten Wort stockte —

„Geliebte sein, Anthony.“

„Haben Namen irgendeine Bedeutung zwischen uns, Joan? Du wirst meine Frau sein in allem, worauf es ankommt. Es ist die einzige Lösung, zu der sich Helen bereit erklärt... und ich meine... wir sollten sie so schonungs-voll wie möglich behandeln.“

„Natürlich, oder wir könnten nicht glücklich sein. Nur, Anthony, so einfach, wie du dir das zu denken scheinst, ist es nicht. Schon eine regelrechte Heirat wäre schwierig genug mit meiner Arbeit in Erwägung zu bringen. Wieviel mehr Komplikationen aber erwachsen aus dieser Heimlichkeit!“

„Joan“ — Daere stützte die Ellbogen an die Tischplatte, legte das Kinn zwischen die Hände und hielt ihren Blick fest — „Joan, laß uns ein für allemal Klarheit schaffen. Bedeutet dir deine Arbeit mehr als ich?“

„Du weißt, daß ich dich liebe, Anthony“, er widerste sie ruhig.

„Ja, du hast es mir gesagt... aber was meinst du damit, Joan. Liebet du mich gottgend, um deine Arbeit aufzugeben?“

„Anthony, das kann ich nicht! Wenn ich auf Helens Plan eingehe... und vielleicht liebe es sich irgendwie schaffen... dann kannst du doch nicht obendrein noch verlangen, daß ich mich von meiner Arbeit lossage.“

„Ich verlange es aber, Joan, und du mußt es tun!“

„Aus welchem Grunde? Ist meine Tätigkeit für den Sozialismus von weniger Wichtigkeit als die Dekorationen Helens?“

„Weil ich einmal versucht habe, eine Frau mit ihrer Arbeit zu teilen und dabei Schiffbruch erlitt. Dem setze ich mich nicht wieder aus. Ich liebe dich, Joan, und ganz sollst du mir gehören — dann werden wir eine wunderbare Gemeinschaft aufbauen.“

„Wirst du deine Arbeit auch aufgeben, Anthony?“

„Natürlich nicht.“ Er lächelte überlegen. „Wir müssen doch essen, und ich besitze nur, was ich verdiene.“

„Und weshalb soll ich nicht ebenfalls verdienen?“

„Weil mein Einkommen für uns beide reicht und weil deine Betätigung... ach, darüber reden wir ein anderes Mal.“

„Es handelt sich aber nicht ausschließlich ums Geld, weder bei dir noch bei mir. Wenn du dich weiter deiner Arbeit widmest, warum darf ich meine nicht ebensogut weiterbehalten?“

„Sehr einfach: eine Frau kann nicht beides haben. Joan, ich weiß, es ist eine schwere Wahl, doch unvermeidlich. Wie soll ich es dir klarmachen?“ Daere fühlte, wie sehr es jetzt darauf ankam, die richtigen Worte zu wählen.

„Ich kann mir denken, daß Naturen mit starkentwickeltem Unabhängigkeitsinn wie du, Joan, die Zustände vor dem Kriege, als die Heirat der einzig beschreibbare Weg für ein junges Mädchen war, haßten und dagegen rebellierten; ich verstehe auch den Feuerifer, mit dem sich die Frau auf die Arbeit stürzte, als ihr so viele Berufsmöglichkeiten endlich erschlossen wurden. Und man sah überrascht, daß sie Aufgaben, die bisher ein Reservat der Männer gebildet hatten, nicht nur gut, sondern bisweilen besser erfüllte als der Mann. Damit wuchs der Appetit — jetzt will sie in alles hinein: Parlament, Justiz, Verwaltung.“

„Und weshalb nicht?“ drängte Joan, interessiert, aber im ungewissen darüber, wo er hinauswollte.

„Ich habe ja nichts dawider. Aber sie bleiben immer Frauen, Joan. Ueber diese grundlegende Tatsache können sie nicht hinweg.“

„Ah, du meinst die Kinder! Liebster, zwei oder drei Kinder nehmen nicht das ganze Leben einer Frau in Anspruch. Außerdem kann sie sich ja eine zuverlässige, kompetente Kinderpflegerin engagieren.“

„Kann sie eine kompetente Stellvertreterin für den Gatten engagieren?“

„Was heißt das?“

„Genau, was ich sage. Es wird heutzutage so viel über Frauenrechte geredet; nun wollen wir die Sache auch mal vom männlichen Standpunkt betrachte. Ihr jungen Mädchen, und leider auch eine Menge verheirateter Frauen, die mehr Einsicht haben sollten, tut, als ob die Aufgabe, ein Heim zu gestalten, eine Kleinigkeit sei, die eine intelligente Frau so nebenher in ihrer freien Zeit erledigt. Falsch — ich weiß es!“

„Frauen, die so sprechen, haben nie geliebt, Joan; denn seinen Mann und das Heim lieben, ihm Kinder gehören und aufziehen, nimmt wohl die ganze Zeit in Anspruch. Du kannst das nicht den Diensthöfen überlassen.“

„Kinder, Küche, Keller!“ spottete Joan. „Von dir hätte ich diese vermörendern Ansichten wahrlich nicht erwartet!“

„Du willst mich nicht verstehen, Liebling. Es gibt nur das eine oder das andere. Wenn einer Frau ihre Arbeit und Laufbahn das Wichtigste im Leben dünkt, dann muß sie, um mit den Männern gleichwertigen Kalibers konkurrieren zu können, diese Betätigung zu ihrem Lebenszweck erheben. Sie mag Liebesaffären haben, wie ein Mann sie hat, sie mag sogar heiraten — trotzdem steht in solchem Frauenleben die Arbeit im Vordergrund, wie es auch bei einem Mann gleicher Art sein würde; alles andere, Liebe, Heirat, Vergnügen, tritt zurück.“

„Ja“, sagte Joan, und ihre Augen leuchteten. „Und das andere?“

„Der andere Weg verläuft in der Stille, die Öffentlichkeit weiß nicht so viel von ihm. Sein Ziel ist, der anderen Menschen glücklich zu machen, ihm Erfüllung zu sein. Trotzdem kann die Frau, die ihn wählt, ebenso schöpferisch wirken; der Reichtum ihres Geistes, der sie zu einer großen Laufbahn befähigt, gibt jetzt der Ehe einen neuen Sinn. Und Männer, die eine solche Geliebte neben sich haben, vermögen Bedeutendes für die Welt zu leisten; sie geben nicht nur was sie aus sich selbst schöpfen, sondern auch, was diese geliebte Verbindung ihnen schenkt. Erscheint dir das ein so kümmerliches Leben, Joan, eine Wahl, die nicht auf eine Stufe mit Parlament und Arbeiterbewegung gestellt werden kann?“

Wie zum Gebet hatte Joan ihre Hände auf dem Tisch gefaltet, ihre Augen, groß und dunkel, starrten verloren zum Fenster hinaus. Weiße Gedanken arbeiteten hinter der weißen Mädchenstirn.

Anthony Daere beobachtete sie voll Sorge und Unruhe. Hätte er besser geschwiegen? Nein, es mußte gesagt werden. Er konnte Joan, die in allem, was sie unternahm, völlig aufging, nicht mit Sozialismus und Politik teilen!

(Fortsetzung folgt)